



Presseschau vom 26.07.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚[DNS über HTTPS](#)‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Tom Luongo: Die Zinserhöhungen der EZB sind Europas letzte Chance, eine Kernschmelze zu verhindern

Egal, was passiert - solange Davos das Gefühl hat, die US-Außenpolitik unter Kontrolle zu haben, wird man weiterhin so tun, als ob alles in Ordnung wäre. Während man gleichzeitig die Weltwirtschaft ruiniert. ...

<https://kurz.rt.com/33ct> bzw. [hier](#)

Tom J. Wellbrock: Volksaufstände oder Unterwerfung – wie werden die Deutschen im Herbst reagieren?

Nachdem Außenministerin Annalena Baerbock (Bündnis 90/die Grünen) kürzlich öffentlich die Sorge vor Volksaufständen geäußert und schnell wieder relativiert hatte, sollte man sich Gedanken über ein weiteres Szenario machen: Unterwerfung. ...

<https://kurz.rt.com/33du> bzw. [hier](#)

de.rt.com: US-Geheimdienstausschuss warnt vor DNA-Tests: Daten könnten zur Entwicklung von Biowaffen führen

Nach Russland warnen jetzt auch die USA davor, dass Bioproben, die von verschiedenen DNA-Testdiensten gesammelt werden, zur Entwicklung von perfekt angepassten Biowaffen verwendet werden könnten. In Deutschland übergibt man die Gen-Daten hingegen freiwillig ans Militär – allerdings nicht an das Deutsche. ...

<https://kurz.rt.com/33e0> bzw. [hier](#)

Irina Taran, Elisaweta Komarowa: Innovation in der russischen Luftfahrt: Der neue Hubschrauber Mi-171A3

Auf der Messe "Innoprom" wurden neue Fluggeräte vorgestellt. Die Ergebnisse dieser Entwicklungen haben alle Erwartungen übertroffen. Der Mi-171A3 soll die technologische Unabhängigkeit von Unternehmen im Kraftstoff- und Energiesektor gewährleisten und die Effizienz von Such- und Rettungseinsätzen in der Polarregion erhöhen. Die Hauptaufgabe der BAS-200 wiederum ist der Frachttransport in schwer zugängliche oder ansonsten völlig unzugängliche Regionen des Landes. ...

<https://kurz.rt.com/33en> bzw. [hier](#)

Daria Platonowa: Macrons Frankreich: Kriegsgetrommel zur Ablenkung von der Wirtschaftskrise

Inmitten einer wachsenden Unsicherheit in der französischen Außenpolitik vollzog Macron eine scharfe Abkehr von einer diplomatischen Haltung hin zu einer militärischen, während seine zweite Amtszeit von einer steigenden Inflation, einer Energiekrise und zahlreichen Skandalen begleitet wird. ...

<https://kurz.rt.com/33dm> bzw. [hier](#)

Anton Gentzen: Eine Wolke trägt Regen: Der Kapitalismus wird sich Russland schnappen oder untergehen

Führt der Ukraine-Konflikt uns in den Dritten Weltkrieg? Und: Wer ist bei all dem eigentlich der Aggressor? Nicht automatisch ist es die Partei, die den ersten Schlag führt. ...

<https://kurz.rt.com/324k> bzw. [hier](#)

Ian Miles Cheong: Transgender in die Geschichte gebeamt – Die woke Bewegung nimmt die Archäologie ins Visier

Die Identifizierung des Geschlechts menschlicher Überreste muss laut woken Akademikern aufhören. Falls man dieser Aufforderung Folge leistet, dann wird das zu einer Katastrophe für die Wissenschaft führen. ...

<https://kurz.rt.com/33dh> bzw. [hier](#)

de.rt.com: Eis nach "Kiewer Art"? Edeka benennt traditionelles russisches Speiseeis um

Das "Canceln" der russischen Kultur und des russischen Lebensstils nimmt in Deutschland immer bizzarere Formen an. Nun hat die Einzelhändlerkette Edeka ihr Waffeleis umbenannt. Hieß es zuvor "Sandwich Moskauer Art", so soll es nach dem Willen der Verantwortlichen nun plötzlich von "Kiewer Art" sein. Wir erinnern an die Geschichte eines sowjetischen Produkts mit Kultstatus. ...

<https://kurz.rt.com/33h0> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

19:10 de.rt.com: Gazprom muss weitere Turbine bei Nord Stream 1 stoppen und reduziert Gaslieferung auf 20 Prozent

Wie der russische Energiekonzern Gazprom am Montag mitteilte, werde man den Betrieb einer weiteren Siemens-Turbine einstellen müssen. Berichten zufolge wird damit die Erdgasversorgung über diese Ostsee-Pipeline Nord Stream 1 auf 20 Prozent ihrer Maximalkapazität reduziert.

Der russische Energiekonzern Gazprom wird den Betrieb einer weiteren Siemens-Turbine einstellen, teilte das Unternehmen am Montag mit. Gazprom begründet die Entscheidung, diese Turbine abzuschalten, mit deren technischem Zustand und der Tatsache, dass deshalb eine Überholung anstehe. Die Lieferungen durch die Ostsee-Pipeline Nord Stream 1 werden daher ab dem 27. Juli nicht mehr als 33 Millionen Kubikmeter pro Tag betragen, berichtet die Wirtschaftszeitung Kommersant. Das entspreche 20 Prozent der Kapazität der Pipeline. Laut einem früheren Bericht der Zeitung Kommersant sind derzeit mehrere von neun Turbinen der Verdichterstation Portowaja reparaturbedürftig. Der Zeitung zufolge habe Gazprom noch keine weiteren Reparaturen genehmigt, und die Überholung einer Turbine dauere etwa drei Monate. Die aktuelle Lizenzvereinbarung erlaube es Siemens Energy, bis Ende 2024 fünf weitere Turbinen zur Reparatur anzunehmen.

Vorausgegangen war unlängst bereits ein Streit zwischen Russland, Kanada und Deutschland über eine Siemens-Turbine, die zur Reparatur nach Montreal geschickt worden war und aufgrund der Sanktionen gegen Russland dann von Ottawa nicht rechtzeitig auf den Weg zurück zum Betreiber gesandt wurde. Gazprom führte diese Verzögerung als einen Grund für eine im letzten Monat 60-prozentige Verringerung des Gasexports nach Deutschland durch diese Pipeline an. Kanada gab die Turbine schließlich zum Transport nach Deutschland frei, wo sie derzeit auf den Versand nach Russland wartet. Gazprom sagte am Montag, dass die Unterlagen, die es von Kanada und Siemens bezüglich der Lieferung der Turbine erhalten habe, keine der Fragen im Zusammenhang mit den Sanktionen klären würden.

In der vergangenen Woche hatte Bundeskanzler Olaf Scholz angedeutet, dass sich Berlin in Sachen Gaslieferungen angeblich auf Moskau nicht mehr verlassen könne, und erklärte in diesem Zusammenhang, er sei von den russischen Erklärungen nicht überzeugt, dass die verzögerte Lieferung der reparierten Siemens-Turbine für das volle Funktionieren der Erdgas-Trasse Nord Stream 1 überhaupt notwendig sei. Moskau wies diese Behauptung am Montag zurück. Kreml-Sprecher Dmitri Peskow erklärte dazu, der Rückgang der russischen

Lieferungen sei auf technische Probleme infolge der westlichen Sanktionen zurückzuführen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62dec1f6b480cc762a0958eb.jpg>

19:20 de.rt.com: **Ukraine beschießt Dorf Alexejewka im Gebiet Kursk**

Der Gouverneur des an die Ukraine grenzenden russischen Gebiets Kursk, Roman Starowojt, hat über Telegram berichtet, dass das ukrainische Militär das Grenzdorf Alexejewka unter Mörserfeuer genommen habe. Starowojt schrieb:

"Im Bezirk Gluschkowo beschießt der Gegner das Grenzdorf Alexejewka. Der Mobilfunkmast steht unter gezieltem Mörserfeuer. Verletzte und Beschädigungen unter zivilen Objekten gibt es im Moment nicht."

Seit dem Beginn des russischen Militäreinsatzes in der Ukraine nehmen ukrainische Verbände Dörfer in russischen Grenzregionen unter Beschuss.

19:40 de.rt.com: **Ukrainische Streitkräfte zerstören Schule in Isjum – vermutlich mit US-HIMARS-System**

[RIA Nowosti](#) berichtet in seinem Telegram-Kanal, dass das ukrainische Militär in der Nacht zum heutigen Montag die Schule Nr. 8 in Isjum angegriffen habe. Derzeit würden die Angaben zu den Opfern überprüft, so die Regionalverwaltung von Charkow.

In der ausführlicheren Meldung [heißt](#) es zu dem Vorfall:

"Ukrainische Kämpfer haben die Schule Nr. 8 in Isjum angegriffen. (...) Informationen über Opfer werden derzeit geklärt", so die Behörde.

In dem Bericht habe man auch darauf hingewiesen, dass der Beschuss in der Nacht von Sonntag auf Montag stattgefunden hat, und dass der Angriff nach vorläufigen Informationen mit einem aus den USA stammenden HIMARS-Raketenwerfer durchgeführt worden sei.

Die Schule sei irreparabel zerstört worden.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/kwalfOs6Qwyhpui4rShmEOswI9xczRGcahDA72wBXum9118D9XPMj8IdtZIpBbVG2Ca1OuZrn1Ui7HDgylxcPzVepoKrOCnNNXr2Zgi1QXKMpV9vceR3Ny-rmwD6Qvznk1mNnKnWgu_irrTslpKamKaXi7CdBPpASKiHzDZEhrezqSfoU0hVNQCPrPHbOswZTLOoma8OstlqfdKdor3XaHhlcIzQbHki5OPdndD_9BfEA1sNYKRiTiiKUFw1NbK_5t1oVirbsFIO0dJhXq7bQ5CVvvtjUyA8VYGNk3PEWsh2FRxb84tyy7sjgAm1Ae2wdWi8BjBigGJyyFNXdrXz9Q.jpg

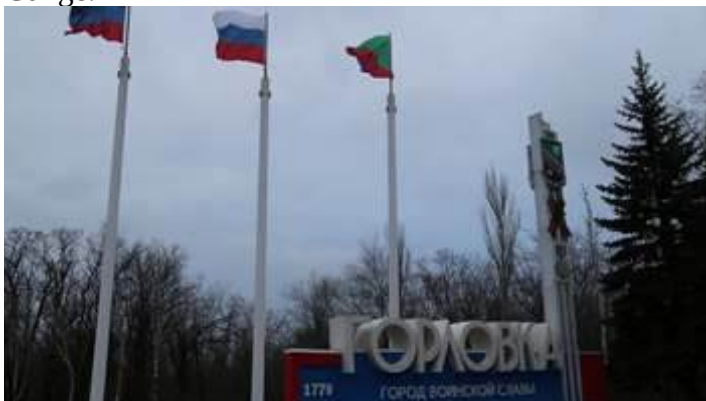
Schule Nr. 8 in Isjum nach dem Angriff

20:00 de.rt.com: **Bürgermeister von Gorlowka berichtet über Einkesselung ukrainischer Truppen in Nowoluganskoje in der DVR**

Wie [RIA Nowosti](#) schreibt, hat der Bürgermeister von Gorlowka, Iwan Prichodko, mitgeteilt, dass die Siedlung Nowoluganskoje, die nördlich der Stadt Gorlowka am westlichen Ufer des Stausees des Wärmekraftwerks von Uglegorsk liegt, vollständig eingekesselt wurde.

"Eine Aufräumarbeit ist im Gange", habe er auf seinem Telegram-Kanal geschrieben.

Zuvor hatte Eduard Basurin, Sprecher der Volksmiliz der Donezker Volksrepublik (DVR), erklärt, die verbündeten Streitkräfte hätten den größten Teil der Siedlung unter ihre Kontrolle gebracht. Darüber hinaus sei auch eine Aufklärungsaktion am Kraftwerk Uglegorsk im Gange.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62ded5cc48fbef5d5925f7ad.jpg>

Flaggen vor einer Fabrik in der Stadt Gorlowka (Beiname auf dem Sockel unter dem Schriftzug Gorlowka: "Stadt des militärischen Ruhms"), 24. Februar 2022

20:20 de.rt.com: **Jetzt könnte es offenbar doch schnell gehen – Siemens Energy: Transport der Turbine könnte sofort starten**

Wie dpa meldet, sei der Transport einer Turbine für die Ostsee-Pipeline Nord Stream 1 nach Angaben des Herstellers "Siemens Energy" vorbereitet und könnte sofort starten. Das teilte das Unternehmen am Montagabend mit.

"Siemens Energy hatte bereits Anfang letzter Woche alle erforderlichen Dokumente für die Ausfuhr von Deutschland nach Russland vorliegen und Gazprom darüber auch informiert", hieß es in einem Statement. "Was allerdings fehlt, sind erforderliche Zolldokumente für den Import nach Russland." Diese Informationen könnten nur vom Kunden bereitgestellt werden. Die Wartung der Turbinen sei Routine, betonte Siemens Energy. In den vergangenen zehn Jahren habe es "keine wesentlichen Komplikationen" gegeben. Die aktuelle Genehmigung der kanadischen Regierung sehe auch vor, dass weitere Turbinen von Siemens Energy in Montréal gewartet und anschließend ausgeführt werden könnten. "Wir sehen daher zum jetzigen Zeitpunkt keinen Zusammenhang zwischen der Turbine und den durchgeführten bzw. angekündigten Gasdrosselungen."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62ded8e548fbef609a55b4f4.jpg>

Produktion einer Siemens-Gasturbine im Werk Berlin-Moabit, November 2017

20:40 de.rt.com: **Ungarns Außenminister hält EU-Energiesanktionen für eine "rote Linie"**

Ungarns Regierung wird breite Sanktionen gegen Russland im Bereich der Energiewirtschaft, darunter in Bezug auf Öl- und Gaslieferungen, nicht unterstützen. Dies erklärte der Leiter des ungarischen Außenministeriums, Péter Szijjártó, in einem Interview, das am heutigen Montag auf der Titelseite der Zeitung The Washington Times veröffentlicht wurde. Szijjártó sagte:

"Wir gaben klar zu verstehen, dass wir einige 'rote Linien' haben, und eine eindeutige 'rote Linie' für uns ist die Sicherheit unserer Energieversorgung. Ob es uns gefällt oder nicht, wir sind von Russland abhängig, wenn es ums Gas und Öl geht."

Ungarns Außenminister fügte hinzu, dass es "kaum realistisch, wenn überhaupt möglich" sei, diese Abhängigkeit zu ändern. "Daher gaben wir klar zu verstehen, dass wir nicht bereit sind, unsere Energieversorgungssicherheit zu riskieren, denn es ist nicht das ungarische Volk, das für diesen Krieg zahlen muss."

20:52 de.rt.com: **Russische Olympiasiegerin Lassizkene zu Staatsbürgerschaftswechsel: "Bin zu alt dafür"**

Marija Lassizkene, russische Leichtathletin und Olympiasiegerin im Hochsprung, bleibt – wie auch ihre Sportkollegen – von internationalen Turnieren ausgesperrt. Dennoch will sie die Staatsbürgerschaft nicht ändern, um ihre Titel im Ausland zu verteidigen.

Die dreimalige Weltmeisterin Lassizkene durfte ihren Titel bei den jüngsten Leichtathletik-Weltmeisterschaften im US-Bundesstaat Oregon nicht verteidigen. In Abwesenheit von Lassizkene gewann die Australierin Eleanor Patterson im Hochsprung.

Der Ausschluss der russischen Athleten von allen internationalen Sportveranstaltungen hat in

ihrem Herkunftsland eine Diskussion darüber ausgelöst, ob Sportler ihre Nationalität ändern sollten, um die Sperre zu umgehen. Roman Terjuschkow, ein Abgeordneter der russischen Staatsduma, schlug sogar vor, dass jeder Sportler, der seine Staatsbürgerschaft wechselt, des Hochverrats für schuldig befunden werden sollte. Er betonte auch, dass der Staat in die Sportler investiere, und dementsprechend das Recht auf Loyalität oder "zumindest eine Rückerstattung" habe, falls sich jemand entscheidet, für ein anderes Land anzutreten. Lassizkene sagte zu russischen Medien, sie habe nicht vor, diesen Schritt in Betracht zu ziehen. "Ich denke nicht darüber nach, die Sportbürgerschaft zu ändern. Dafür bin ich zu alt. Ich will es nicht tun. Punkt", sagte die 29-Jährige, als sie am Wochenende bei einer Veranstaltung in Moskau antrat. Mit der Denkweise von Terjuschkow sei sie aber nicht einverstanden. Sie empfahl jungen Athleten, selbst und ohne Druck über ihr Leben zu entscheiden:

"Jeder hat nur ein Leben, jeder muss erfüllt und glücklich sein. Dies ist eine sehr ernste Frage. Das muss jeder für sich selbst entscheiden."

Es gäbe viele Leute in der Staatsduma, deren Kräfte "ein wenig in die falsche Richtung gelenkt sind", meinte sie:

"Es gibt in Russland mehr Probleme, als den Wechsel der sportlichen Staatsbürgerschaft mit Landesverrat gleichzusetzen."

Die russische Spitzensportlerin gehört zu den schärfsten Kritikern des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) und seines Präsidenten Thomas Bach für dessen Empfehlung, russische und weißrussische Sportler wegen des Ukraine-Krieges von der Teilnahme an internationalen Veranstaltungen auszuschließen. In einem offenen Brief an Bach warf sie ihm vor, es fehle an "Mut und Würde", um die Sperre aufzuheben. Zwar zeigte sie Mitgefühl mit den Athleten aus der Ukraine: "Sie erleben, was kein Mensch jemals erleben sollte", meinte aber zugleich, dass der Ausschluss von russischen Athleten den Krieg nicht stoppe, sondern "einen neuen Krieg um und im Sport" entfacht hätte.

Der Leichtathletik-Weltverband World Athletics hatte Russland und Weißrussland im Februar von den Welttitelkämpfen in den USA ausgeschlossen. "Es wäre undenkbar gewesen, hier eine Weltmeisterschaft mit Athleten aus Belarus und Russland zu veranstalten, zwei aggressiven Nationen, die in einen unabhängigen Staat eingefallen sind", betonte Weltverbands-Präsident Sebastian Coe kurz vor dem WM-Start.

Vor dem Ukraine-Krieg waren viele russische Sportler aufgrund von Dopingvorwürfen bereits gezwungen, unter neutraler Flagge anzutreten.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62de958a48fbef15ab4f99e1.jpg>

Marija Lassizkene holte Gold im Hochsprung bei den Olympischen Sommerspielen in Tokio

21:20 de.rt.com: **Afrika-Tour: Lawrow lobt afrikanische Länder für deren unabhängigen Weg bei Ukraine-Frage**

Der russische Außenminister sprach in der ersten Etappe seiner Afrika-Tour in Kairo vor Diplomaten der Arabischen Liga. Der Besuch Lawrows erfolgte weniger als zwei Wochen nach der Nahostreise von Präsident Joe Biden und dessen Rede auf dem Golfgipfel in Saudi-

Arabien.

Der russische Außenminister Sergej Lawrow spricht bei der Sitzung der Arabischen Liga in Anwesenheit des Generalsekretärs der Organisation, Ahmed Aboul Gheit, am 24. Juli 2022 in deren Hauptsitz in der ägyptischen Hauptstadt Kairo.

Sergej Lawrow besuchte am Sonntag Ägypten als erste Etappe seiner Afrikareise, die auch weitere Treffen in Äthiopien, Uganda und der Demokratischen Republik Kongo umfasst. Lawrow traf in Kairo den ägyptischen Präsidenten Abdel Fattah Al-Sisi und danach sprach er mit dem ägyptischen Außenminister Samih Schukri. Ägypten nahm im Ukraine-Krieg eine neutrale Position ein. Mit den Gesprächen in Afrika zielt der russische Top-Diplomat darauf ab, der groß angelegten westlichen Kampagne gegen Russland inmitten des Ukraine-Krieges entgegenzuwirken.

Lawrow sprach in Kairo am Sonntag vor den Vertretern der Staaten der Arabischen Liga, wobei er die russische Position bezüglich der Ukraine wiederholte und für die militärische Spezialoperation Russlands in der Ukraine argumentierte. Zudem wies er die Anschuldigungen zurück, das Vorgehen Russlands in der Ukraine sei für die sich abzeichnende Ernährungskrise in manchen Teilen der Welt verantwortlich. Im Vorfeld der Sitzung der Arabischen Liga traf Lawrow auch mit dem Generalsekretär der panarabischen Organisation, Ahmed Aboul Gheit, zusammen, bevor er eine Rede vor der Organisation hielt, die aus 22 Mitgliedern besteht.

Lawrow nutzte seine Rede vor der Arabischen Liga, um die russische Sicht über Entwicklungen in der Ukraine zu erklären: Der Westen habe sein Land zum Einmarsch in die Ukraine gedrängt und er beschuldigte den Westen, Russlands Sicherheitsbedenken im Zusammenhang mit der NATO-Osterweiterung zu ignorieren.

In Kairo versicherte Lawrow seinem ägyptischen Amtskollegen, Sameh Schukri, dass Moskau sich für die Wiederaufnahme von Getreideexporten nach Afrika einsetzt. Auf der Pressekonferenz in Kairo sagte Lawrow auch, dass Mitte 2023 ein zweiter Russland-Afrika-Gipfel stattfinden wird. Das erste Gipfeltreffen fand 2019 in der Schwarzmeerstadt Sotschi statt.

In einem auf der Website des russischen Außenministeriums veröffentlichten Artikel wies Lawrow die Anschuldigungen des Westens, Russland sei für die weltweite Nahrungsmittelkrise verantwortlich, zurück als "einen weiteren Versuch, die Schuld auf andere zu schieben". Lawrow lobte den "unabhängigen Weg", den afrikanische Länder bei Ukraine-Frage eingeschlagen hätten, indem sie sich dem Westen bei der Verhängung der Sanktionen gegen Russland und den "unverhohlenen Versuchen der USA und ihrer europäischen Satelliten, der internationalen Gemeinschaft eine unipolare Weltordnung aufzuzwingen", nicht angeschlossen hätten. Der Artikel wurde auch laut AP-Informationen in vier afrikanischen Zeitungen veröffentlicht.

Weniger als zwei Wochen zuvor hatte US-Präsident Biden eine Nahostreise angetreten und besuchte dabei Israel und auch das israelisch besetzte Westjordanland, bevor er nach Saudi-Arabien reiste. Außerdem nahm er in Saudi-Arabien an einem Regionalgipfel der arabischen Golfstaaten sowie Ägyptens, Jordaniens und des Iraks teil, um eine Allianz gegen Irans Einfluss in Nahost zu schmieden, sowie Saudi-Arabien zur höheren Ölförderung zu bewegen. Der Präsident des Senegals Macky Sall, der derzeit den Vorsitz der Afrikanischen Union (AU) innehat, und der südafrikanische Präsident Cyril Ramaphosa sehen westliche Sanktionen gegen Russland mit großer Skepsis. Als sich die UNO-Generalversammlung im März 2022 zu einer Sitzung zusammenfand, um Russlands Operation in der Ukraine zu verurteilen, votierten nur 28 von 54 afrikanischen Mitgliedern dafür. 17 enthielten sich der Stimme. Die Enthaltungen werden in Afrika als Antwort auf die westliche Doppelmoral in der Internationalen Politik gewertet, da afrikanische Probleme bei der westlichen Führung anders als europäische Probleme behandelt werden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62de6ed8b480cc1ee3047f68.jpg>

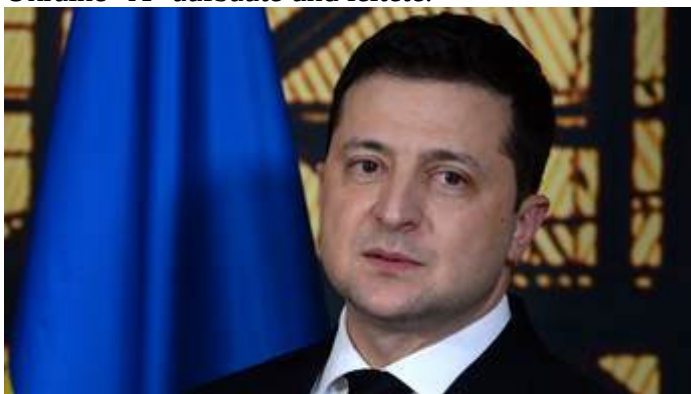
Der russische Außenminister Sergej Lawrow spricht bei der Sitzung der Arabischen Liga in Anwesenheit des Generalsekretärs der Organisation, Ahmed Aboul Gheit, am 24. Juli 2022 in deren Hauptsitz in der ägyptischen Hauptstadt Kairo.

21:20 de.rt.com: **Selenskij ersetzt Kommandeur der ukrainischen Spezialeinheiten**

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hat am Montag den Befehlshaber der Spezialeinheiten der Streitkräfte der Ukraine, Grigorij Galagan, entlassen. Das entsprechende Dekret wurde auf der Webseite des ukrainischen Staatsoberhauptes veröffentlicht. Der Text des Dokuments lautet wie folgt:

"Mit diesem Erlass wird Galagan, Grigorij Anatoljewitsch vom Posten des Kommandanten der Spezialeinheiten der Streitkräfte der Ukraine entlassen."

Mit einem weiteren Erlass ernannte Selenskij Wiktor Chorenko zum neuen Kommandanten. Generalmajor Grigorij Galagan wurde am 25. August 2020 zum Befehlshaber der Spezialeinheiten der Streitkräfte der Ukraine bestimmt. Vor dieser Ernennung war er erster stellvertretender Leiter des Zentrums für spezielle Anti-Terror-Operationen des Sicherheitsdienstes der Ukraine. Von 2014 bis 2019 war Galagan an der Sicherheitsoperation im Donbass beteiligt, wo er das Zentrum für Sondereinsätze des Sicherheitsdienstes der Ukraine "A" aufbaute und leitete.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62decdd0b480cc0d5631ccfa.jpg>

21:52 de.rt.com: **Nordkorea: USA betreiben weltweites Netz von Laboren für Biowaffen**

Die USA hatten mehrere ihrer völkerrechtswidrigen Militäreinsätze und Sanktionen gegen andere Staaten mit der angeblichen Präsenz von Massenvernichtungswaffen begründet. Doch Washington besitzt nicht nur selbst solche Waffen, sondern hat sogar in Drittstaaten Forschungszentren dafür errichtet.

Staatliche nordkoreanische Medien haben den Vereinigten Staaten vorgeworfen, weltweit biologische Labore zu unterhalten, mit dem Ziel, "biochemische Waffen herzustellen". Die Korean Central News Agency (KCNA) schrieb auf ihrer Website, dass die USA ein

weltweites Netzwerk von Laboren errichtet hätten, unter anderem in der Ukraine. Die Agentur vermeldete:

"Heute haben die USA nicht nur viele biologische Labore in Dutzenden von Ländern und Regionen, einschließlich der Ukraine, unter Missachtung internationaler Verträge und Vereinbarungen eingerichtet, sondern auch die Entwicklung biochemischer Waffen vorangetrieben, die das Leben und die Sicherheit der Menschheit bedrohen."

Laut KCNA sei es bekannt, dass die von den USA in verschiedenen Teilen der Welt aufgestellten Verteilungspläne für biologische Labore mit den Karten der Gebiete übereinstimmen, in denen in den letzten Jahren Krankheiten und Viren ausgebrochen sind. Anfang letzten Monats veröffentlichte das Pentagon ein Informationsblatt, in dem es heißt, dass die US-Behörden in den letzten zwanzig Jahren 46 verschiedene zivile Labore und Gesundheitszentren in der Ukraine im Rahmen von Friedensprogrammen unterstützt hätten. Zuvor hatte der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow, erklärt, dass die russischen Streitkräfte während der militärischen Sonderoperation in der Ukraine auf Beweise gestoßen sind, die darauf hindeuten, dass das Kiewer Regime die Spuren eines biologischen Militärprogramms beseitigt habe, das in der Ukraine durchgeführt und vom US-Verteidigungsministerium finanziert worden sei.

Nach Angaben von Konaschenkow vernichteten Mitarbeiter dieser vom Pentagon betriebenen ukrainischen Forschungsstätten am 24. Februar besonders gefährliche Krankheitserreger wie Pest, Milzbrand, Tularämie, Cholera und andere tödliche Krankheiten.

Die US-Unterstaatssekretärin Victoria Nuland hatte am 9. März bei einer Anhörung vor dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des US-Senats erklärt, dass es in der Ukraine Einrichtungen gibt, die im Bereich der Biologie forschen und dass Washington zu verhindern versuche, dass diese unter die Kontrolle der russischen Streitkräfte gerieten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62de5f06b480cc1dbd2bdc10.jpg>

21:55 de.rt.com: **Kiew bittet EU-Länder um Visaerteilung für Russen auf Grundlage ihrer schriftlichen Verurteilung der Sonderoperation**

Die ukrainischen Behörden sind der Ansicht, dass die EU-Mitgliedstaaten Russen, die die spezielle Militäroperation in der Ukraine unterstützen, nicht in ihr Hoheitsgebiet einreisen lassen sollten. Außerdem sollte die EU eine entsprechende Frage in den Fragebogen aufnehmen, der bei der Beantragung eines Visums auszufüllen ist. Dies hat der ständige Vertreter der Ukraine bei der EU, Alexei Makejew, in einem am Montag veröffentlichten Interview mit der europäischen Ausgabe der Zeitung Politico gesagt. Der Botschafter behauptete:

"Wir bestehen darauf, dass diejenigen Russen, die diesen genozidalen Krieg unterstützen - und verschiedene Umfragen zeigen, dass 80 Prozent der Russen den Krieg unterstützen -, keinen Zugang zur freien Welt haben sollten."

Der Zeitung zufolge beinhaltet die Initiative einen obligatorischen Fragebogen für russische Bürger, die ein Visum beantragen. Der Fragebogen soll nach Angaben Kiews Fragen zur

Einstellung des Antragstellers zu der Sonderoperation und dazu enthalten, ob er oder sie "Verwandte hat, die Kriegsverbrechen begangen haben".

Auf diese Weise, so Makejew, könne man die russische Bevölkerung "kritisch" gegenüber der Sonderoperation stimmen und "Druck auf die russische Regierung ausüben".

22:10 de.rt.com: **Lugansker Volksrepublik erhält russische Telefonvorwahl**

Wie der Telegram-Kanal Tipitschnyj Donezk [meldet](#), soll das Telefonnetz der Lugansker Volksrepublik (LVR) an das russische Netz angeschlossen und in diesem Zuge eine neue Vorwahl bekommen. Ab dem heutigen Tage seien die Orte in der LVR über die Vorwahl 857 aus dem Festnetz der Russischen Föderation zu erreichen.

Laut RIA Nowosti habe die Regierung der LVR dazu [erläutert](#):

"Ab dem 25. Juli 2022 wird die Festnetzkommunikation in der Volksrepublik Lugansk auf eine Nummer im Code des russischen Nummerierungssystems '857' umgestellt. Für Anrufe aus der Russischen Föderation zu Festnetznummern in der LVR ist es also notwendig, die Nummer im Format '857-Ortsnetzvorwahl-Teilnehmernummer' zu wählen. Um aus der LVR in der Russischen Föderation anzurufen, muss die Nummer im alten Format '007-Ortsnetzvorwahl-Teilnehmernummer' gewählt werden",

teilte die Regierung in einer Telegram-Nachricht mit.

Das Ministerium für Kommunikation der LVR habe darauf hingewiesen, dass Anrufe nach Lissitschansk, Sewerodonezk, Rubeschnoje, Kremennaja und Popasnaja aufgrund der Arbeiten zur Wiederherstellung der Kommunikationsverbindungen derzeit noch nicht wieder möglich sind.

Anfang Mai meldete das Kommunikationsministerium der LVR, dass Mobiltelefonbesitzer in der Republik eine zusätzliche Nummer im russischen Nummernsystem mit der Vorwahl +7 959 zu ihrer derzeitigen Mobilfunknummer, die mit +38 072 beginnt, erhalten. Ebenfalls Anfang Mai hatte der Chef der Donezker Volksrepublik (DVR), Denis Puschilin, angekündigt, dass Teilnehmer in der DVR zusätzlich zu ihren Mobilfunknummern eine weitere Nummer mit der russischen Vorwahl +7 erhalten werden.

Damit dürften die wesentlichen fernmeldetechnischen Voraussetzungen für eine weitere und vertiefte Integration der Donbass-Volksrepublik in die Russische Föderation geschaffen worden sein.

22:23 de.rt.com: **Sergei Lawrow: Russlands Position zum Abkommen über Getreideexporte durch Westen verzerrt**

Mit der Unterzeichnung des Abkommens über Getreideexporte in Istanbul habe sich Russland nicht zur Beendigung der Militäroperation verpflichtet. Dies erklärte Sergei Lawrow nach dem Angriff auf ein ukrainisches Schiff und Munitionslager mit Harpoon-Raketen im Hafen von Odessa.

Die westlichen Länder sollen den Kern des Istanbuler Abkommens über die Lieferung von Nahrungsmitteln und Getreideexporten verfälscht haben. Dies verkündete der russische Chefdiplomat Sergei Lawrow. Wörtlich hieß es:

"Unsere westlichen Kollegen sind im Prinzip schon erfahren darin, jede Nachricht verzerrt darzustellen, und zwar ausschließlich in der Form, in der sie gegen Russland verwendet werden kann, was mich nicht mehr überrascht."

Mit diesen Worten antwortete Sergei Lawrow auf die Bitte eines Journalisten, sich zu den im Westen geäußerten Aussagen über den russischen Angriff auf das ukrainische Schiff im Hafen von Odessa zu äußern. Der Minister betonte, dass es keine Hindernisse für den Export von Getreide gebe:

"Die Ziele der Präzisionsschläge befinden sich in einem separaten Teil des Hafens von

Odessa, im sogenannten militärischen Teil des Militärhafens. Bei den Zielen handelt es sich um ein Kampfboot der ukrainischen Marine und ein Munitionslager, in das kürzlich Harpoon-Raketen zur Schiffsabwehr geliefert wurden."

Dabei unterstrich der russische Außenminister, die von Russland eingegangenen Verpflichtungen, auch im Rahmen der am 22. Juli in Istanbul unterzeichneten Vereinbarungen "verbieten Russland in keiner Weise", die spezielle Militäroperation fortzusetzen, indem die russischen Streitkräfte weiter militärische Infrastruktur und andere militärische Ziele zerstören.

Sergei Lawrow präzisierte ferner, die Harpoon-Raketen hätten eine Bedrohung für die russische Schwarzmeerflotte dargestellt, jetzt "stellen sie keine Bedrohung für uns dar". Der hochrangige Diplomat betonte, dass der Getreideterminal weit vom militärischen Teil des Hafens von Odessa entfernt sei, sodass es keine Hindernisse für die Lieferung von Getreide an die Kunden gemäß den in Istanbul getroffenen Vereinbarungen gebe.

Wladimir Selenskij und Vertreter westlicher Länder äußerten sich negativ über den russischen Luftangriff. Das russische Verteidigungsministerium teilte später mit, dass dadurch ein ukrainisches Militärboot und ein Lager mit von den USA gelieferten Harpoon-Raketen im Hafen von Odessa vernichtet worden seien.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62deb824b480cc762a0958e1.jpg>

22:55 de.rt.com: **Fall des ukrainischen "Nationalen Frontkommandanten" der "SS-Bären" kommt vor Gericht**

Die russische Nachrichtenagentur RIA Nowosti meldet, dass das Strafverfahren gegen den gefangenen Kommandeur des ukrainischen nationalistischen Bataillons "SS-Bären", Alexander Krawzow, an das Gericht weitergeleitet wurde, wie ein Vertreter der Generalstaatsanwaltschaft der Donezker Volksrepublik gegenüber RIA Nowosti erklärte: "Am 25. Juli 2022 wurde das Strafverfahren gegen A. A. Krawzow mit einer Anklageschrift an das Gericht weitergeleitet."

Die Behörde erklärte gegenüber RIA Nowosti, dass Krawzow wegen Verbrechen gemäß drei Artikeln des Strafgesetzbuches der Donezker Volksrepublik (DVR) angeklagt wurde, wobei die Höchststrafe die Todesstrafe ist.

Zuvor habe die Generalstaatsanwaltschaft der DVR mitgeteilt, dass Krawzow, Kommandeur einer Gruppe ukrainischer Kämpfer, wegen der Bildung einer bewaffneten Formation, die nicht im Gesetz vorgesehen ist, sowie wegen der Führung einer solchen Formation und deren Finanzierung angeklagt wurde.

Offenen Quellen zufolge gehört das nazistische Bataillon "SS-Bären" zu den ukrainischen Streitkräften. In der Ukraine wird sie als Sabotage- und Angriffseinheit bezeichnet, während ihre Mitglieder in Russland als Neonazis gelten.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/07/0e/1802335124_0:0:1920:1080_600x0_80_0_0_ac18d28da89b5cbb09d61d82a7f84c3.jpg

Alexander Krawzow, 14. Juli 2022 (ria.ru)

vormittags:

7:27 de.rt.com: Peskow: Scholz' Behauptungen, Russland sei unzuverlässiger Gaslieferant, sind aus der Luft gegriffen

Es fließt wieder Gas durch "Nord Stream" – aber nicht zur Freude aller EU-Politiker. Die Behauptung von der angeblichen Unzuverlässigkeit russischer Gaslieferungen lässt sich so kaum aufrechterhalten. Bundeskanzler Scholz versucht es trotzdem. Und Berlin beendet das Hickhack um die Siemens-Turbine nicht.

Nachdem Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) am 22. Juli erklärt hatte, man dürfe sich bei Gaslieferungen nicht auf Russland verlassen, denn Moskau sei ein unsicherer Lieferant, hat nun der Kreml auf die Einwände von deutscher Seite reagiert.

So bezeichnete Dmitri Peskow, der Sprecher des russischen Präsidenten, laut [TASS](#) die Äußerungen von Scholz, Russland sei angeblich ein unzuverlässiger Gaslieferant, als Widerspruch zur Realität und zu den bisherigen Lieferrerfahrungen:

"Diese Aussagen stehen im krassen Gegensatz zur Realität und zur Geschichte der Versorgung. Selbst in den schwierigsten Momenten ist die russische Seite ihren Verpflichtungen nachgekommen. Und die Tatsache, dass es jetzt zu einem Rückgang der Lieferungen gekommen ist, ist auf die illegalen Beschränkungen zurückzuführen, die von den Europäern selbst auferlegt wurden, insbesondere von der BRD", sagte der Kreml-Sprecher am Montag gegenüber Reportern.

Sanktionen schlagen auf Europäer zurück

Peskow erinnerte an Putins Worte, dass "Gazprom seine Verpflichtungen zuverlässig erfüllt hat, erfüllt und erfüllen wird." Er fügte hinzu, dass im Hinblick auf die Normalisierung der Gaslieferungen angesichts der Verringerung des Nord-Stream-Durchflusses "ein Dialog mit Gazprom stattfindet und alle Modalitäten nur auf dieser Ebene diskutiert werden können und sollten."

"Es geht hier nicht um Politik, sondern um die Folgen der von den Europäern selbst auferlegten Beschränkungen, und die Europäer leiden selbst unter diesen Beschränkungen", betonte Peskow.

Unterdessen hat Siemens laut der russischen Nachrichtenagentur [Interfax](#) Gazprom einen Teil der Dokumente über die Ausnahmen von den Sanktionen in Bezug auf die Gasturbinenmotoren der Nord-Stream-Verdichterstation zur Verfügung gestellt. Die vorgelegten Dokumente hätten jedoch die Bedenken der russischen Seite nicht vollständig

zerstreuen können.

Unklare Dokumentation zur überholten Turbine

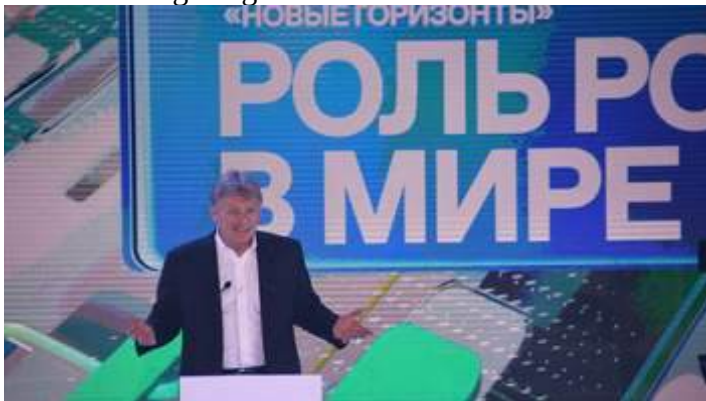
Der russische Gaskonzern hat über Siemens die Dokumente von den kanadischen Behörden erhalten. "Gazprom hat die genannten Dokumente geprüft, muss aber feststellen, dass sie die zuvor genannten Risiken nicht beseitigen und zusätzliche Fragen aufwerfen", so das Unternehmen in einer Erklärung.

"Darüber hinaus gibt es auf Seiten von Gazprom noch offene Fragen zu den Sanktionen der EU und des Vereinigten Königreichs, deren Klärung für die Lieferung des Triebwerks nach Russland und die dringende Überholung anderer Gasturbinentriebwerke für die Portowaja-Kompressorstation wichtig ist", schrieb der russische Konzern weiter.

"Unter diesen Umständen hat Gazprom Siemens erneut um sofortige Unterstützung bei der Bereitstellung der notwendigen Dokumente und Klärungen gebeten, um die verbleibenden offenen Fragen zu klären", heißt es in der Mitteilung.

Die NordStream-Pipeline sei derzeit zu 40 Prozent ausgelastet. Dies sei sowohl auf die verfrühte Rückkehr einer Turbine von der Reparatur in Kanada (das Sanktionen gegen Gazprom verhängte) als auch auf die Laufzeit zwischen den Reparaturen und auf Ausfälle anderer Anlagen zurückzuführen. Wie der russische Präsident Wladimir Putin bereits sagte, soll ein weiteres Gaspumpwerk Ende Juli wegen zwischenzeitlich stattfindender Reparaturarbeiten abgeschaltet werden. Das bedeutet, dass die Pumpleistung der Hauptleitung auf 20 Prozent der Kapazität der Hauptleitung sinkt, wenn die verspätete Turbine aus Kanada nicht in Betrieb genommen werden kann.

Zuvor hatten Beamte in Brüssel und Berlin berichtet, dass die Turbine aus Kanada nach Deutschland gelangt sei – und sich offenbar immer noch dort befinde.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62dea8f948fbef141d620bcb.jpg>

Dmitri Peskow, der Pressesprecher des russischen Präsidenten, während seines Auftritts bei dem russischen föderalen Bildungsmarathon "Neue Horizonte", Moskau, 18. Mai 2022

8:20 de.rt.com: Moskau warnt Kiew vor weiteren gefährlichen Provokationen gegen Atomkraftwerke

Russland warnt die ukrainische Führung unter Präsident Wladimir Selenskij vor weiteren Provokationen gegen das Kernkraftwerk Saporoschtschje und vor der Verbreitung von Desinformation diesbezüglich. Die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa erklärte in einem Kommentar am Montag:

"Wir warnen das Selenskij-Regime vor weiteren Provokationen gegen Europas größtes Kernkraftwerk. Diese bergen stets das Risiko nuklearer Unfälle, deren schwerwiegende Folgen nicht nur die Ukraine betreffen könnten. Wir fordern die internationale Gemeinschaft auf, in dieser Frage wachsam zu sein und das Vorgehen der Kiewer Regierungsbehörden zu verurteilen."

Weiter erklärte Sacharowa: "In letzter Zeit ist die angespannte Situation rund um das KKW Saporoschschje, die von den ukrainischen Behörden unter anderem durch die Verbreitung von Fehlinformationen über die angeblichen negativen Auswirkungen der dort anwesenden Vertreter Russlands auf die Sicherheit der Anlage angeheizt wird, immer besorgniserregender geworden."

UN torpedierte IAEO-Inspektion

Zudem erinnerte die Sprecherin des russischen Außenministeriums daran, dass der gemeinsame Besuch der Russischen Föderation und des Sekretariats der Internationalen Atomenergie-Organisation unter der Leitung des IAEO-Generaldirektors Rafael Grossi ausschließlich "aufgrund der destruktiven Haltung der Führung des UN-Sekretariats, die sich weigerte, die Initiative des IAEO-Sekretariats unter dem weit hergeholten Vorwand der unzureichenden Sicherheit und der zeitlichen Unangemessenheit der Veranstaltung zu unterstützen", nicht stattgefunden habe.

Sacharowa wertete, dass die Absage des Besuchs "dem Kiewer Regime und seinen westlichen Sponsoren in die Hände gespielt hat. Diese waren nicht damit zufrieden, dass die Teilnehmer der Mission – der Generaldirektor, die Experten der Agentur und die internationalen Vertreter – die Möglichkeit haben würden, sich ein Bild von der tatsächlichen Situation im KKW Saporoschschje zu machen und sich vom Normalbetrieb dort zu überzeugen".

Kiews Drohnenangriffe auf Kühlsystem und Personal

Der Diplomatin zufolge hat sich nach der Unterbrechung der Reise "die Zahl der gegen das Atomkraftwerk Saporoschje gerichteten bewaffneten Provokationen Kiews vervielfacht. Es gab Angriffe auf das Gelände des Kraftwerks mit Hilfe unbemannter Flugzeuge sowie Aktionen zur Einschüchterung des Personals":

"Tatsächlich hat die Ukraine mit ihrem Vorgehen alle sieben vom IAEO-Generaldirektor formulierten Grundsätze der nuklearen Sicherheit und Sicherung eklatant verletzt und die Resolutionen der IAEO-Generalkonferenzen von 1985 und 1990 ignoriert, wonach jeder bewaffnete Angriff oder die Androhung eines Angriffs auf friedlich genutzte kerntechnische Anlagen einen Verstoß gegen die Grundsätze der UN-Charta, des Völkerrechts und der IAEO-Satzung darstellt."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62df887648fbef62985cd93b.jpg>

Schaden an einem Gebäude am AKW Saporoschje. Energodar, 12. Juli 2022

8:40 de.rt.com: **Großbrand in Öllager in Donezk nach Artilleriebeschuss durch ukrainische Streitkräfte**

In einem Öllager im Donezker Stadtteil Budjonnowski ist beim Artilleriebeschuss durch ukrainische Streitkräfte ein Großbrand ausgebrochen, berichtet ein Korrespondent der russischen Nachrichtenagentur TASS vor Ort.

Das Feuer ist von mehreren Stadtteilen aus zu sehen, die Flammen schlagen mehrere Dutzend Meter hoch. In Brand stehen dort Eisenbahnfrachtwaggonen mit Kraftstoff- und Schmierstoffzisternen. Truppen des Ministeriums für Notfallsituationen und der DVR-Volksmiliz sind vor Ort mit Sonderfahrzeugen im Einsatz. Es gibt bisher keine Information über etwaige Verletzte, Tote oder das genaue Ausmaß des Brandes.

Zuvor war berichtet worden, dass das Stadtgebiet, in dem sich das Öldepot befindet, aus Haubitzen im NATO-Kaliber 155 Millimeter mit insgesamt drei Granaten beschossen wurde.

Der Brand wurde mittlerweile gelöscht:

Todesopfer oder Verletzte gab es nicht.

Im Laufe des Vormittags wurden 15 Raketen aus einem Mehrfachwerfer vom Typ Grad und 12 Haubitzengranaten im sowjetischen und postsowjetischen Kaliber 152 Millimeter auf mehrere Donezker Stadtteile abgefeuert.

9:47 (8:47) novorosinform.org: **Der Generalstab der Streitkräfte der Ukraine bereitete 200.000 Kämpfer auf den Kampf um Cherson vor – Quelle**

Der Generalstab der Streitkräfte der Ukraine bildete Reserven in Höhe von 200.000 Mann und 1.700 schweren Geschützen, um Cherson anzugreifen, berichtet der Telegram-Kanal „Resident“ unter Berufung auf eine eigene Quelle im Büro des Präsidenten der Ukraine. Laut der Quelle begann die Vorbereitung der ukrainischen bewaffneten Formationen für den Kampf um Cherson vor einem Monat. Das US-Verteidigungsministerium und das britische Militär waren die Kuratoren des Trainings für die Gegenoffensive.

"Zu diesem Zweck wurden in den Gebieten Odessa, Nikolajew, Dnepropetrowsk, Winniza, Kirowograd und Tscherkassy Reserven der Streitkräfte der Ukraine in Höhe von 200.000 Mann und 1.700 schweren Geschützen gebildet", schreiben die Autoren des Kanals.

Kiew versuchte, die Vorbereitungen für den Gegenangriff geheim zu halten. Zu den Plänen der ukrainischen Streitkräfte gehörte auch ein Überraschungsangriff auf Cherson, "aber der Verteidigungsminister ließ alle Pläne aus PR-Gründen an die Medien durchsickern", schreibt der „Resident“.



https://novorosinform.org/content/images/95/64/49564_720x405.jpg

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 26.7.2022**

Bei aktiven Offensivhandlungen von Einheiten der Volksmiliz der LVR erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden große Verluste an Personal und Technik. Vernichtet wurden:

- bis zu 67 Mann;
- 5 Schützenpanzerwagen;
- 3 Spezialfahrzeuge;
- 1 dauerhafter Feuerpunkt.

Der Gegner setzt den Beschuss von Objekten der zivilen Infrastruktur von Ortschaften der LVR fort. Diese Objekte sind nicht militärisch und werden von der Volksmiliz nicht genutzt.

Allein **in den letzten 24 Stunden** haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **Altschewsk unter Einsatz amerikanischer Mehrfachraketenwerfer M142 HIMARS beschossen** und 5 Raketen abgefeuert.

Informationen über Verletzte und Beschädigungen werden noch ermittelt.

Alle Schläge der ukrainischen Artillerie auf Objekte der zivilen Infrastruktur werden sorgfältig erfasst und werden für Eingaben an internationale Gerichtshöfe genutzt werden, um die Ukraine zur Verantwortung zu ziehen.

In den von den ukrainischen Nationalisten befreiten Territorien der Lugansker Volksrepublik geht der Aufbau eines friedlichen Lebens weiter.

Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR setzen die Minenräumung fort.

Während des 25. Juli haben sie mehr als 9 Hektar Territorium von explosiven Objekten gesäubert, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Lesnaja Datscha und Sirofino zurückgelassen wurden, gesäubert.

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner dieser Bezirke fort.

9:05 de.rt.com: **Donezker Volksrepublik nach 24 Stunden Artillerieterror: Ein toter Zivilist und fünf verwundete, darunter zwei Kinder und eine alte Frau**

Die ukrainischen Streitkräfte haben in den vergangenen Tagen 52 Mal das Feuer auf Ortschaften im Gebiet der Donezker Volksrepublik eröffnet. Dabei wurde ein Zivilist getötet und fünf weitere Zivilisten verwundet, so die DVR-Vertretung beim Gemeinsamen Zentrum für Kontrolle und Koordinierung des Regimes der Einstellung der Feindseligkeiten. In dem Bericht heißt es:

"In den vergangenen 24 Stunden meldete die Vertretung 52 Fälle von Beschuss durch die bewaffneten Formationen der Ukraine."

"Aus Gorlowka wurde der Tod eines Zivilisten gemeldet. Fünf Zivilisten, darunter Kinder der Geburtsjahre 2007 und 2008, wurden unterschiedlich schwer verwundet."

Eine weitere beim ukrainischen Artilleriebeschuss verwundete Person ist eine alte Frau Jahrgang 1944 in der Siedlung Kirillowka im Landkreis Wolnowacha.

Die ukrainischen Streitkräfte setzten Raketen- und Rohrartillerie sowie Mörser ein. Insgesamt wurden 316 Geschosse abgefeuert. Dreizehn DVR-Ortschaften gerieten unter Beschuss. Zwölf Häuser und fünf zivile Infrastruktureinrichtungen wurden beschädigt.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 26.7.22 um 10:30 Uhr**

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR **316 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155mm, 152mm

und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **13 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss **starb ein Zivilist und 5, darunter 2 Kinder, geb. 2005 und 2008, wurden verletzt**. 12 Wohnhäuser und 5 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: ein Mehrfachraketenwerfer „Uragan“, 2 Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“, 3 Lastwagen und mehr als 20 Mann. 2 Feuerstellungen des Gegners in den Gebieten von Awdejewka und Newelskoje wurden beseitigt.

9:45 de.rt.com: **Financial Times sagt Ukraine Finanzkatastrophe voraus: Kiew ab Herbst ohne Finanzmittel**

Die Ukraine hat ihr Haushaltsbudget fast aufgebraucht und könnte bald am Rande einer finanziellen Katastrophe stehen. Hiervor warnte die britische Zeitung Financial Times am Dienstag.

Vor dem Hintergrund einer ernsthaften "Erhöhung der Militärausgaben könnten die finanziellen Ressourcen der Ukraine bereits in diesem Herbst erschöpft sein", so die Financial Times. Derartige Geldknappheit "wäre eine Katastrophe für die Regierung der Republik". Kiew wird nicht einmal genug Geld für den sozialen Bereich haben, der aus dem Haushalt finanziert wird, etwa um Schulen und Krankenhäuser zu betreiben, machen die Analytiker des Fachblatts deutlich.

Die Regierungsbehörden der Ukraine seien nun "in ihren Finanzierungsquellen stark eingeschränkt". Hiermit sei eine Erhöhung der Steuerlast für Betriebe und "Massenkonkurse von Unternehmen verbunden", was wiederum die Arbeitslosigkeit in die Höhe katapultieren und so "die humanitäre Krise verschärfen" würde.

Die von den westlichen Ländern angekündigten Finanzhilfepakete kämen derweil nur in kleinen Tranchen und "zu langsam" an, so die Quellen der Zeitung. Außerdem könne die ukrainische Regierung sich derzeit nicht mehr auf eine lockere Geldpolitik verlassen, da diese zu einem "weiteren Anstieg der Inflation und höheren Preisen für Importe führen", auf die die Republik angewiesen sei. Hierüber sei man sich in Kiew im Klaren.

Ohne finanzielle Unterstützung aus dem Ausland werde die ukrainische Wirtschaft "einen steilen Absturz erleiden", was eine Fortsetzung der Kampfhandlungen unmöglich machen werde.

10:54 (9:54) novorosinform.org: **In der Region Odessa kam es in mehreren Militäreinrichtungen der Streitkräfte der Ukraine zu Explosionen**

In der Region Odessa wurden mindestens drei Militäreinrichtungen der ukrainischen bewaffneten Formationen angegriffen.

Nach vorläufigen Daten wurden mindestens vier Angriffe registriert, berichtet der Telegrammkanal „Typitschnaja Odessa“ am 26. Juli.

"Zwei Treffer - im Bereich der Brücke in Satoka und in der Nähe des Dorfes Belenkoje, wo sich das Artillerie-Munitionsdepot 1513 befindet", heißt es in der Mitteilung.

Zwei weitere Explosionen ereigneten sich in den Einrichtungen der Streitkräfte der Ukraine im Dorf Karolino-Bugas in der Region Odessa, schreiben die Autoren des Kanals.

Zuvor zerstörten die russischen Streitkräfte ein Kriegsschiff und ein Harpoon-Raketendepot im Hafen von Odessa. Dies wurde im Verteidigungsministerium der Russischen Föderation bestätigt.



https://novorosinform.org/content/images/95/73/49573_720x405.jpg

10:00 de.rt.com: **LVR: Ukraine will durch HIMARS-Einsatz Referendum verhindern**

Die Ukraine greift zivile Infrastrukture Objekte der Volksrepublik Lugansk mit HIMARS-Mehrfachraketenwerfern an, um die Vorbereitung des Referendums über den Beitritt zu Russland zu verhindern. Dies erklärte der Botschafter der Republik in Moskau Rodion Miroschnik auf Telegram. Er betonte, dass das Gebiet der Republik innerhalb von vier Tagen sieben Mal angegriffen worden sei, darunter sechs Mal unter Einsatz von HIMARS. Unter den Zielen hätten sich ein Agrarunternehmen, ein Studienkolleg, ein Kindergarten und ein Hotel befunden, so Miroschnik weiter. Er folgerte:

"Kostspielige westliche Waffen werden eingesetzt, um die Bevölkerung zu terrorisieren, um den Wiederaufbau und die Vorbereitung zum Referendum zu verhindern. Für Kiew ist das Referendum sehr erschreckend. Denn es ist die Feststellung einer demokratischen Willensäußerung der Bürger, das Recht auf Selbstbestimmung und eine Veränderung des territorialen Status."

10:30 de.rt.com: **LVR-Aufklärungsdaten: Ukrainische Truppen in Artjomowsk werfen Menschen aus ihren Wohnhäusern**

Die Kommandeure ukrainischer Einheiten haben den Befehl erhalten, sich in Artjomowsk (auch Bachmut genannt) in der Volksrepublik Donezk einzuquartieren und dafür auch die Bewohner gewaltsam aus ihren Häusern zu vertreiben. Dies [teilte](#) der Sprecher der Lugansker Volksmiliz Oberstleutnant Andrei Marotschko unter Verweis auf Aufklärungsdaten [mit](#):

"Um zu vermeiden, dass es zu gleichzeitigen schweren Personalverlusten kommt, hat das Oberkommando große Einheiten, die sich in der Ortschaft Artjomowsk dislozieren, angewiesen, sich in Privathäusern von Einwohnern einzuquartieren."

"Bei der Auswahl der Häuser wird nicht berücksichtigt, ob in ihnen aktuell Zivilisten leben. Unter Berufung auf das Kriegsrecht werden Menschen gewaltsam vertrieben."

Diese Information reiht sich nahtlos ins offensichtliche Vorhaben Kiews ein, aus Artjomowsk eine Stadtfestung zu machen wie seinerzeit Mariupol. Das ukrainische Militär begann bereits spätestens in der vergangenen Woche, Waffen und Kriegsfahrzeuge in den Höfen von Wohnhäusern sowie auf den Geländen von Unternehmen in der Stadt zu platzieren.

10:44 de.rt.com: **"Kein Krieg, kein Embargo!" – Handwerker begehren gegen Sanktionspolitik der Regierung auf**

Immer mehr deutsche Handwerker begehren gegen die Sanktionspolitik auf. Ein Kreishandwerksmeister griff zudem den Präsidenten des Zentralverbandes des Deutschen

Handwerks scharf an. Hintergrund für die Auseinandersetzung sind dessen "allgemeinpolitische Äußerungen zum Ukraine-Konflikt".

Karl Krökel, Kreishandwerksmeister in Dessau-Roßlau (Sachsen-Anhalt), hat zusammen mit den Obermeistern der verschiedenen Handwerkerinnungen der Region einen Brief an die Handwerkskammer Halle/Saale zum Ukraine-Konflikt verfasst. In diesem erklären die Handwerker, dass sie Krieg als Mittel der Politik ablehnen und sich daher auch gegen Waffenlieferungen an die Ukraine stellen. Der Konflikt werde nicht auf militärischem Wege zu lösen sein.

Auch die Sanktionspolitik des Westens lehnen die Handwerksvertreter ab. Die Sanktionen beeinflussen ihnen zufolge die Kriegsführung nicht. Es sei damit auch nicht gelungen, den Profit Russlands aus den Geschäften mit seinen fossilen Energiequellen zu verringern. Ganz im Gegenteil: Die Handwerker verweisen darauf, dass die Exporteinnahmen im Vergleich zum Vorjahr um 60 Prozent gestiegen sind. Der Brief kritisiert scharf die Absurditäten der westlichen Sanktionspolitik:

"Private indische Ölraffinerien, die billiges Öl aus Russland abnehmen, beliefern den Weltmarkt mit Benzin und Diesel, während die PCK-Raffinerie in Schwedt vor dem Aus steht."

Das heiße zudem die Inflation in Europa weiter an, da die Importe auf dem Seeweg teurer seien als per Pipeline.

"Für Millionen von Menschen führt das Handeln der EU zu immer höheren Preisen und der Frage, wie sie ihre täglichen Grundbedürfnisse noch erfüllen können. Die Menge Öl aus Russland, die in Nicht-EU- und Nicht-G7-Häfen angelandet wurde, ist sprunghaft angestiegen."

Die Wirtschaftssanktionen würden sich "massiv" gegen die eigene Bevölkerung und Wirtschaft richten.

"Es sind durch gravierende Unfähigkeit (der Politiker) erhebliche materielle Schäden in der Bevölkerung und der Wirtschaft entstanden und das ist erst der Anfang. Das Embargo ist zum Bumerang geworden, nimmt zunehmend kuriosere Züge an, trifft die eigene Bevölkerung und Wirtschaft. Hinzu kommen Milliarden Unterstützung für den Krieg in der Ukraine."

Die Obermeister der Leipziger Handwerkerinnungen verfassten einen ähnlichen Appell, der auch vom Präsidenten des Zentralverbandes des Deutschen Schuhmacherhandwerks unterzeichnet wurde. Darin heißt es, an die Politiker gerichtet, unter anderem:

"Denken Sie die Dinge vom Ende her! Unterlassen Sie außenpolitische Provokationen, die uns als rohstoffarmes Land und globalisierte Volkswirtschaft schaden! ... Kein Krieg, kein Embargo, zurück zu unseren Wurzeln, die in den letzten Jahrzehnten unsere Lebensgrundlage gesichert haben!"

Ohne eine "Rückkehr zum realpolitisch Machbaren und Verantwortbaren" werde die deutsche Gesellschaft auseinanderdriften.

Die Dessauer Handwerker kritisierten zudem scharf den deutschen Handwerkspräsidenten Hans Peter Wollseifer, wie die Berliner Zeitung berichtete:

"Umso unverständlicher und unverantwortlicher ist es, wenn ZDH-Präsident Wollseifer nun behauptet, 'dass das Handwerk den Sanktionskurs der Bundesregierung gegen Russland ausdrücklich unterstützt'."

Erstens seien die Positionen unter Handwerkern "deutlich differenzierter", die "Kriegs- und Sanktionspolitik" stoße sogar "auf breiten Widerstand". Zudem dürfe sich "eine Handwerksorganisation, die sich auf die Zwangsmitgliedschaft gründet, (nicht) allgemeinpolitisch ... äußern".

Der Chef des deutschen Handwerks hatte sich gegenüber der Deutschen Presse-Agentur positiv zur Politik der Sanktionen Berlins gegen Russland geäußert.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62dfa52948fbef609a55b54d.jpg>

Vor dem Aus: PCK-Raffinerie in Schwedt

10:46 de.rt.com: **Bellingcat bestätigt Beteiligung an ukrainischem Komplott zum Diebstahl russischer Jets**

Die umstrittene Organisation für Recherchen im Internet besteht jedoch darauf, dass man dies lediglich im Rahmen der Produktion eines "Dokumentarfilms" getan habe.

Christo Grozev, selbsternannter "leitender Russland-Ermittler" bei Bellingcat, hat am 25. Juli seine Beteiligung an einem Komplott des ukrainischen Geheimdienstes bestätigt. Ziel war es, russische Militärpiloten dazu anzustiften, zusammen mit ihren Kampffjets auf die ukrainische Seite überzulaufen und dabei ihre Maschinen zu entführen. Das hochrangige Mitglied der umstrittenen und vom Westen finanzierten Organisation stellte allerdings die von der russischen Seite verbreitete Version der Geschichte infrage.

Der russische Sicherheitsdienst (FSB) habe "seine traditionelle Mischung aus gefälschten 'Beweisen' und locker interpretierten Fakten" zu dieser Affäre vorgelegt, behauptete Grozev und wies Vorwürfe zurück, direkt in das Komplott verwickelt zu sein. Laut einem vom FSB festgenommenen Mittelsmann hatte dieser direkt von Grozev Anweisungen erhalten, wie er den Piloten Bargeld im Austausch für Videomaterial übergeben sollte, das beweist, dass sie tatsächlich Zugang zu Kampfflugzeugen haben.

"Es ist allerdings wahr, dass ich an dieser verrückten Geschichte von Dreifach-Agenten, gefälschten Pässen und falschen Freundinnen beteiligt war – und zwar als Dokumentarfilmer", beteuerte er in einem langen Twitter-Thread über die Affäre. Grozev ging jedoch nicht direkt auf die Beschuldigungen des inhaftierten Verdächtigen gegen ihn ein.

"Grozev hat mir eigentlich keine Details erläutert, er hat mir nur den Namen des Kuriers genannt, der das Geld überbringen würde", hatte der Verdächtige im Verhör behauptet. Grozev bestand auch darauf, dass die ganze Affäre für den russischen Geheimdienst letztendlich eher mit einem "schweren Pfusch" als mit einer erfolgreichen Operation endete. Er behauptete, der Geheimdienst habe "unbeabsichtigt die Identitäten von Dutzenden von russischen Beamten der Spionageabwehr, ihre Operationsmethoden und ihre verdeckten Mittel" offengelegt. Einer der Piloten zum Beispiel soll sich kurzerhand entschlossen haben, mit seiner angeblichen "Liebhaberin" an Stelle seiner Ehefrau aus Russland zu fliehen – was dem Team um Bellingcat umgehend verdächtig erschien. In erster Linie wurde der angebliche "Liebhaber" als "viel zu gutaussehend" für einen Kampfpiloten eingeschätzt, während laut Grozev ihre Telefonkontakte darauf hindeuteten, dass er bereits mit Beamten des FSB in Kontakt stand.

Die gesamte Operation lief letztendlich darauf hinaus, dass sich beiden Seiten gegenseitig mit Fehlinformationen über Luftverteidigung, Flugkorridore, Höhenkorridore und so weiter versorgten. "Dieses bizarre Spiel gegenseitiger Täuschung endete, als der FSB feststellte, dass

niemand bei einem der vorgeschlagenen Treffen auftauchen würde, obwohl der FSB sehr daran interessiert war, ukrainische Agenten zu identifizieren und auch erkannte, dass er aufgefliegen war. Die Ukrainer wiederum erkannten, dass sie wahrscheinlich keinen echten Piloten bekommen werden", schrieb Grozev weiter.

Er behauptete weiter, dass die Operation von "ehemaligen Mitgliedern des ukrainischen Geheimdienstes, die auf eigene Faust handelten", und nicht von aktiven ukrainischen Geheimdienstleuten inszeniert worden sei. "Wenn dem so wäre, wären wir auf keinen Fall auf die Sache eingegangen", betonte er. Bellingcat habe "von der Initiative erfahren", die von den angeblich unabhängigen "Agenten" ergriffen wurde, die man von früher kannte und die "uns einen Platz in der ersten Reihe in der Affäre zusicherten", erklärte Grozev. Er bestritt auch entschieden die Beteiligung westlicher Geheimdienste an dem Komplott und wies derlei Anschuldigungen elegant als "ungetrübten Schwachsinn" zurück.

Russland hat wiederholt die Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit von Bellingcat infrage gestellt. Obwohl die Organisation sich selbst als eine auf Faktenprüfung und Open-Source-Informationen spezialisierte Ermittlergruppe anpreist, an der sowohl professionelle als auch Bürgerjournalisten beteiligt sind, hat Bellingcat von mehreren westlichen Staaten staatliche Fördermittel erhalten. Die Gruppe wurde Anfang Juli in Russland als "unerwünscht" eingestuft, wobei diese Bezeichnung ihr praktisch jegliche Tätigkeiten im Land verbietet.

Im Jahr 2021 beschuldigte Sergei Naryschkin, der Chef des russischen Auslandsgeheimdienstes (SWR), Bellingcat, eng mit westlichen Geheimdiensten zusammenzuarbeiten. Mit dem einzigen Ziel, "Druck auf Russland oder auf Einzelpersonen und Organisationen auszuüben."

"Sie wenden unehrliche Methoden an. Und die Informationen, die in solchen Fällen verwendet werden, sind falsch und unbestätigt. Sie verfolgen ihre eigenen Ziele und sind bereit, jede Aufgabe zu erledigen, weil sie es für Geld tun und nicht aus objektiven Gründen", behauptete Naryschkin.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62dfa94f48fbef61e904947f.jpg>

Schablonenkunst vom Künstler 1GoodHombre in Los Angeles

11:05 de.rt.com: **DVR-Vertreter erwartet vollständige Befreiung bis Ende August**

Der erste Stellvertreter des Informationsministers der Donezker Volksrepublik Daniil Bessonow ist davon überzeugt, dass das Gebiet der Republik bis Ende August komplett befreit sein wird. Dies erklärte er in einer Sendung des Fernsehkanals Solowjow Live.

11:25 de.rt.com: **Verwaltung im Gebiet Saporoschje stellt mehr als 8.000 russische Pässe aus**

Mehr als 8.000 Bewohner des Gebiets Saporoschje haben die russische Staatsbürgerschaft erhalten, weitere 15.000 Anträge sind in Bearbeitung. Dies teilte das Oberhaupt der regionalen Verwaltung Jewgeni Balizki auf Telegram mit. Er schrieb:

"Gegenwärtig wurden mehr als 8.000 Pässe der Russischen Föderation ausgestellt, 15.000

Anträge wurden angenommen, auf der vorläufigen Warteliste stehen bereits mehr als 20.000 Personen."

Balizki fügte hinzu, dass Einbürgerungsstellen bereits in den Städten Energodar und Melitopol geöffnet seien. Er kündigte an, die Anzahl von Mitarbeitern im Bereich Passwesen zu vergrößern.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62dfa8dbb480cc39a5287152.jpg>

nachmittags:

12:02 de.rt.com: **Subventionierte "Pattex-Kinder": Regierung unterstützte indirekt Aktionen der "Letzten Generation"**

Die Straßenblockaden der Klimaaktivisten der "Letzten Generation" sorgen für Unmut in der Bevölkerung und beschäftigen auch die Justiz. Dennoch wollen sie im Herbst weitermachen. Einem Bericht zufolge hilft bei der Finanzierung ihrer Aktionen auch ein vom Wirtschaftsministerium gefördertes Projekt.

Die Gruppe "Letzte Generation" fordert von der Bundesregierung mehr Maßnahmen im Kampf gegen den Klimawandel. Ihre Straßenblockaden wie hier am 21. Juni 2022 in Berlin unterbrechen die Aktivisten während des Sommers. Im Herbst sollen die Aktionen jedoch weitergehen.

Mit ihren radikalen Protestaktionen will die Gruppe "Letzte Generation" laut eigenen Angaben die Bevölkerung aufrütteln und auf den "Klimanotstand" aufmerksam machen. Denn das "Zeitfenster, eine lebensfeindliche Heizeit abzuwenden", schließe sich laut den Aktivisten "rasant". Man habe den Angaben auf ihrer eigenen Internetseite zufolge lediglich nur noch etwa drei Jahre, um "den fossilen Pfad der Vernichtung" zu verlassen. Deshalb leisteten die radikalen Klimaaktivisten nach eigener Aussage "entschlossen gewaltfreien Widerstand gegen den fossilen Wahnsinn unserer Gegenwart". Einem aktuellen Medienbericht zufolge wurde dieser Kampf der in den sozialen Netzwerken auch als "Pattex-Kinder" verspotteten Gruppe indirekt auch vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz unterstützt.

Wie die Welt am Sonntag berichtet, habe das Ressort mit dem Grünen-Politiker Robert Habeck an der Spitze bis April dieses Jahres einen Verein gefördert, der Gruppenkonten anbietet, die an kein privates Konto gebunden seien. Durch das Programm, mit dem demnach digitale und datengetriebene Innovationen von jungen Unternehmen unterstützt werden sollen, flossen vom Ministerium rund 156.400 Euro an den Verein Elinor. Dieser wiederum stellt seinen Service auch den Klimaaktivisten zur Verfügung. Laut der Welt am Sonntag profitierte die "Letzte Generation" von diesem unterstützten Projekt, denn ihre Spenden

landeten demnach auf dem vom Verein geführten Gruppenkonto.

Wie es in dem Bericht weiter heißt, hätten die Klimaaktivisten eigenen Angaben zufolge bislang mehr als 118.000 Euro an Zuwendungen erhalten. Wofür die Aktivisten die Spenden genau verwenden würden, sei laut der Zeitung nicht bekannt, da die Gruppe eine Anfrage demnach unbeantwortet ließ.

Den Protest der "Letzten Generation" zu spüren bekamen zuletzt vor allem die Autofahrer. Einer Umfrage der Welt am Sonntag bei Polizeibehörden der Länder zufolge hätte die Gruppierung allein dieses Jahr bundesweit hunderte Straßen blockiert. Die meisten Behinderungen im Verkehr wurden demnach aus Berlin (149 Blockaden) und Hessen (34 Blockaden) gemeldet. Vor allem die Autobahnblockaden in der Bundeshauptstadt sorgten für Schlagzeilen. Neben dem Unmut, Unverständnis, gar Zorn, den sie in der Bevölkerung hervorriefen, beschäftigt sich inzwischen auch die Berliner Justiz mit den Aktionen der Gruppe. Laut einem Bericht des Tagesspiegel würden inzwischen mehr als 70 Verfahren gegen die Klimaaktivisten bei der Berliner Staatsanwaltschaft laufen.

Der Verein Elinor sieht trotzdem kein Problem in der Unterstützung der Gruppe. Einen Ausschluss vom Kontoservice muss die "Letzte Generation" wohl nicht befürchten. Dies drohe jenen, die sich gegen die Demokratie wendeten, zur Gewalt aufriefen oder andere Menschen diskriminierten, so der CEO gegenüber der Welt am Sonntag. Den Klimaaktivisten stehe man allerdings "aufgeschlossen" gegenüber. Es sei wichtig, dass Wandel auf vielen Ebenen gelebt werde. Deshalb unterstütze man auch Klimagruppen, die für Veränderung in den zivilen Ungehorsam gingen, zitiert die Zeitung den CEO.

Das Wirtschaftsministerium seinerseits verwies darauf, dass es dem "Fördermittelgeber oder dem Projektträger" nicht obliege, "potenzielle Kunden einer geförderten Entwicklung zu prüfen oder Beschränkungen aufzuerlegen".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62df9e88b480cc426b169275.jpg>

Die Gruppe "Letzte Generation" fordert von der Bundesregierung mehr Maßnahmen im Kampf gegen den Klimawandel. Ihre Straßenblockaden wie hier am 21. Juni 2022 in Berlin unterbrechen die Aktivisten während des Sommers. Im Herbst sollen die Aktionen jedoch weitergehen.

12:25 de.rt.com: **Kiewtreue Truppen erhalten große Ladung Fernverminungsmunition für Mehrfachraketenwerfer in Tschassow Jar: Umliegende Ortschaften gefährdet**

Eine große Charge von Raketengeschossen für ihre Mehrfachwerfer sollen die ukrainischen Artilleristen in Tschassow Jar, etwa 50 Kilometer von Artjomowsk und Gorlowka entfernt, erhalten haben. Es sind [Geschosse zur entfernten Minenlegung](#), meldet der Sprecher der Volksmiliz Lugansk Oberstleutnant Andrei Marotschko mit Verweis auf Aufklärungsdaten. Das Kaliber wird nicht angegeben, doch derartige Geschosse wurden für alle drei der wichtigsten sowjetischen Raketenartillerie-Kaliber entwickelt, die auch die Ukraine nutzt: 122, 220 und 300 Millimeter für die Mehrfachwerfer Grad, Uragan und Smertsch mit Reichweiten von 13, 35 und 70 Kilometern.

Solche Geschosse können Panzerabwehrminen austreuen, doch im Donbass erlangten vor allem Episoden traurige Bekanntheit, bei denen Menschen durch Personen-Streuminen vom Typ [PFM-1](#) verletzt wurden. Die Minen dieses Typs werden von Mehrfachraketenwerfern vom Typ Uragan ausgestreut. Jede Rakete fasst 312 davon, jeder Werfer hat 16 Startrohre für je eine Rakete. Diese Minen sind sogenannte Kumulativdruckzünder und lassen sich daher sehr schwer entschärfen. Das ukrainische Arsenal hat nahezu ausschließlich die Version ohne zeitlichen Selbstzerstörungsmechanismus im Einsatz.

Seit Beginn der russischen Intervention im Ukraine-Konflikt verminten kiewtreue Artilleristen mit diesen Kampfmitteln wiederholt den Norden des Gebiets Charkow, aber auch Ortschaften im Donbass.

12:50 de.rt.com: **Ukrainischer Angriff auf Grenzübergang im Gebiet Brjansk**

Der Gouverneur des an die Ukraine grenzenden Gebietes Brjansk, Alexander Bogomas, hat über einen Beschuss eines Grenzübergangs in der Region durch das ukrainische Militär berichtet. Er schrieb auf Telegram:

"Heute Morgen erfolgte ein Angriff vonseiten der Ukraine auf die Grenzübergangsstelle 'Trojebortnoje' im Bezirk Sewsk."

Bogomas meldete weiter, dass auf den Grenzübergang von einem Quadrokopter aus eine Sprengladung abgeworfen wurde. Dabei seien vier Personen verletzt worden.

13:57 (12:57) [novorosinform.org](#): **Budapest richtete einen von Orban geleiteten „Verteidigungsrat“ ein**

In Ungarn wurde ein Verteidigungsrat gegründet, der von Ministerpräsident Viktor Orban geleitet wird. Das teilte sein Pressesprecher Bertalan Havasi mit.

Demnach werde das Gremium ermächtigt, politische Entscheidungen zu treffen. Die Schaffung eines solchen Machtinstruments sei mit der russischen Spezialoperation in der Ukraine und der europäischen Finanzkrise verbunden.

„Besondere Aufmerksamkeit muss in den kommenden Jahren dem Schutz der Sicherheit und Souveränität Ungarns gelten“, heißt es in dem Text.

Es wird davon ausgegangen, dass sich der Rat mit Fragen und Vorschlägen der nationalen Sicherheits-, Polizei- und Verteidigungsdienste befassen wird. Außerdem wird das Gremium mit Flüchtlingsangelegenheiten, dem Thema Schutz vor Naturkatastrophen und Terrorismusbekämpfung in Verbindung gebracht.

Orban hatte zuvor Erklärungen zum Verteidigungssektor abgegeben. Seiner Meinung nach sei Budapest heute verpflichtet, die Macht seiner Armee zu stärken und eine aktive Ausbildung der Streitkräfte vor dem Hintergrund äußerer Bedrohungen durchzuführen.



https://novorosinform.org/content/images/95/99/49599_720x405.jpg

13:19 de.rt.com: **EU einigt sich auf Gas-Notfallplan – Ungarn stimmt dagegen**

Wegen einer weiteren kaputten Gasturbine drosselt der russische Gaskonzern Gazprom weiter seine Lieferungen nach Europa. Die EU-Staaten reagieren mit einem Notfallplan zur nationalen Reduktion des Gaskonsums um 15 Prozent. Doch die Industrie sieht bereits schwarz. Mit den Sanktionen schade sich Europa lediglich selbst.

Die EU-Staaten haben sich angesichts der weiteren Reduzierung russischer Gaslieferungen über die Ostsee-Pipeline Nord Stream 1 auf einen Notfallplan für diesen Winter verständigt. Ziel ist es, 15 Prozent Gas einzusparen. Der Plan sieht allerdings auch zahlreiche Ausnahmen vor. Nach Angaben von Wirtschaftsstaatssekretär Sven Giegold war die Entscheidung bei dem Energieministertreffen in Brüssel ganz klar. „Riesenmehrheit, nur Ungarn war dagegen“, schrieb der Grünen-Politiker auf Twitter.

Notfallplan erst einmal bis März

Der Plan soll demnach die Risiken für die europäischen Länder reduzieren, die mit einem möglichen vollständigen Lieferstopp von russischem Gas einhergehen würden. Nach Informationen der dpa sieht der Plan eine Senkung des nationalen Konsums um 15 Prozent im Zeitraum vom 1. August 2022 bis zum 31. März 2023 auf freiwilliger Basis vor.

Bei weitreichenden Versorgungsengpässen sollen die EU-Länder künftig zudem einen "Unionsalarm" auslösen können und verbindliche Einsparziele vorgeben dürfen. Im Vergleich zum ersten Entwurf der EU-Kommission sieht der Plan jedoch deutlich mehr Ausnahmemöglichkeiten vor. Auch die Hürden für die Einführung von verbindlichen Einsparzielen wurden von den Vertretern erhöht. Über letztere soll demnach nur vom Rat der Mitgliedstaaten und nicht von der EU-Kommission entschieden werden können.

Dies bedeutet, dass ein Kommissionsvorschlag für verbindliche Einsparziele die Zustimmung einer Gruppe von 15 der 27 EU-Länder benötigt. Zudem müssten diese laut der Beschlussvorlage zusammen mindestens 65 Prozent der Gesamtbevölkerung der Union stellen.

Dennoch soll es Ausnahmeregelungen geben

Überdies sind für Länder wie Zypern, Malta und Irland angesichts des Streits der letzten Tage Ausnahmeregelungen vorgesehen. Diese sollen demnach nicht zum Gassparen verpflichtet werden können, solange sie nicht direkt mit dem Gasverbundnetz eines anderen EU-Mitgliedstaats verbunden sind.

Bei anderen Staaten sollen den Quellen zufolge etwa Anstrengungen zur Einspeicherung von Gas, eine drohende Stromkrise und der Verbrauch von Gas als Rohstoff etwa zur Erzeugung von Düngemitteln die verpflichtende Einsparmenge reduzieren können.

Bereits während der Beratungen der ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten hatte sich gezeigt, dass ein Großteil der Länder Solidarität für äußerst wichtig halte und Gas einsparen wolle, so die Informanten. Lediglich drei andere Mitgliedstaaten hätten neben Ungarn zuletzt noch größere Vorbehalte geäußert.

Habeck spricht von Wirtschaftskrieg

Am Montag hatte der russische Gaskonzern Gazprom angekündigt, die Lieferungen von Gas durch die Ostsee-Pipeline Nord Stream 1 von derzeit 40 Prozent auf 20 Prozent der maximalen Kapazität zu senken. Demnach sollen täglich künftig lediglich noch 33 Millionen Kubikmeter Gas durch die Versorgungsleitung nach Deutschland fließen. Grund hierfür sei nach Angaben von Gazprom die nötig gewordene Reparatur einer weiteren Turbine.

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) hatte Russland darauf hin vorgeworfen, einen Wirtschaftskrieg gegen den Westen zu führen. Die jüngste Drosselung sei "jetzt keine Überraschung, wenngleich immer wieder ärgerlich, dass Gazprom andere Gründe vorschiebt", sagte Habeck am Montagabend in den ARD-Tagesthemen. "Dass sie nicht einmal den Mumm haben zu sagen, wir sind in einer wirtschaftskriegerischen Auseinandersetzung mit euch", ergänzte er. Stattdessen würden "Farce-Geschichten"

verbreitet über nicht funktionierende Turbinen, die schlicht nicht der Wahrheit entsprechen. Allerdings ließ der Grünen-Politiker während seiner Wutrede am Montagabend aus, dass die drohende Gasmangellage nicht auf ein "perfides Spiel" des russischen Präsidenten Wladimir Putin, sondern vielmehr auf die Folgen der westlichen Sanktionen gegen Russland zurückzuführen ist.

Laut einem früheren Bericht der russischen Zeitung Kommersant sind an der Ostsee-Pipeline Nord Stream 1 [derzeit mehrere Gasturbinen reparaturbedürftig](#). Zwar erlaube es eine aktuelle Lizenzvereinbarung der Turbinenherstellerfirma Siemens Energy bis Ende 2024 fünf weitere Turbinen zur Reparatur anzunehmen, angesichts der strengen Sanktionen gestaltet sich das jedoch schwierig. Somit ist es der Westen, der die von Bundeswirtschaftsminister Habeck als "Wirtschaftskrieg" bezeichneten Drosselungen russischer Gaslieferungen verantwortet – nicht Russland.

Sanktionspolitik des Westens mit fatalen Folgen für die Wirtschaft

Der Vorsitzende des Bundestags-Ausschusses für Klimaschutz und Energie, Klaus Ernst (Die Linke), hatte die Bundesregierung angesichts der schwerwiegenden Folgen für die Wirtschaft kürzlich dazu [aufgefordert](#), ihre Sanktionspolitik gegen Russland zu revidieren. Es könne nicht sein, "dass die Bundesregierung monatelang an der Sanktionsschraube im Energiesektor dreht und sich nun wundert, dass Russland seinerseits seine Lieferungen wohl drosselt", erklärte der Linken-Politiker.

Die Bundesregierung sollte erkennen, so Ernst, dass die Sanktionen der eigenen Bevölkerung und den Unternehmen massiv schaden. "Wir brauchen keine Sanktionspolitik, die nur Symbolcharakter hat und die eigenen Beschäftigten, Rentner und Familien zu Leidtragenden macht."

Derweil bereitet sich die deutsche Industrie auf einen drohenden Gaslieferstopp vor. Hintergründe für die neuen Planungen ist der jüngste Rückgang der Erdgaseinfuhren aus Russland. Großverbraucher der Chemie-, Metall- und Baustoffindustrie untersuchen bereits jetzt verschiedene Szenarien, um die Auswirkungen einer Erdgaskrise auf die eigenen Produktionsprozesse genau herauszufinden.

Und diese sind fatal, wie Jörg Rothermel vom Verband der Chemischen Industrie Deutschlands kürzlich im Gespräch mit der Zeitung Financial Times erklärte:

"Es besteht jetzt die Gefahr, dass wir in Deutschland bestimmte Dinge nicht mehr produzieren können, weil es einfach kein Gas mehr gibt oder die Energiepreise so hoch sind, dass es sich nicht mehr lohnt."

Zwar hätten einige Unternehmen Anlagen, die mit anderen Brennstoffen wie Öl oder Kohle betrieben werden können, so Rothermel. Jedoch können auf diese Weise lediglich zwei bis drei Prozent des Gasverbrauchs der chemischen Industrie ersetzt werden. "Das reicht nicht aus, um unser Problem zu lösen."

Auch Privathaushalte dürfen sich bereits jetzt schon über ausufernde Preissteigerungen und andere Einschränkungen "freuen". So rationieren laut Medienberichten erste Wohnungsgesellschaften unter anderem die Zufuhr von Warmwasser oder senken die maximale Raumtemperatur, mit denen die Wohnungen beheizt werden dürfen. Neben dem drohenden Zusammenbruch der Industrie stehen Deutschland wegen der Sanktionspolitik also auch drastische soziale Folgen bevor. So bedeutet der nun von der EU forcierte Gas-Notfallplan für die Menschen in Europa nur eines: Eine willkürlich geführte Energieplanwirtschaft durch den Gesetzgeber, die bereits zuvor nur mit leeren Versprechungen sowie Verfehlungen punktete.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62df77dcb480cc4bb73dc7b6.jpg>

13:25 de.rt.com: **Ukraine will in Lettland gelagerte russische Goldreserven konfiszieren – Verhandlungen mit Riga laufen**

Die Ukraine verhandelt mit Lettland, damit Riga den Teil der russischen Gold- und Devisenreserven, die sich in diesem Land befinden, beschlagnahmt. Anschließend soll der Besitz über sie auf Kiew übertragen werden. Dies gab der ukrainische Justizminister, Denis Maljuska, in einem am Dienstag veröffentlichten Interview mit der Nachrichtenagentur RBC-Ukraine bekannt.

"Damit wir beträchtliche Geldbeträge – wir sprechen von Gold- und Devisenreserven – in den eigens eingerichteten Fonds zur Entschädigung für die von Russland verursachten Schäden bekommen können, muss das Land, in dem sich diese Mittel befinden, einen entsprechenden internationalen Vertrag abschließen. Laut diesem muss diesen Vermögenswerten die Immunität entzogen werden und das Partnerland sich bereit erklären, diese Gelder in einen Sonderfonds zu überführen. (...) Das erste Land wird wahrscheinlich Lettland sein. Sie haben dem Konzept zugestimmt. Dementsprechend befinden wir uns jetzt in der Phase der Aushandlung des konkreten Vertragstextes. Ich war letzte Woche in Riga – sie haben zugestimmt, ihn möglicherweise sehr kurzfristig zu unterzeichnen und zu ratifizieren."

Der Minister räumte ein, dass in Lettland nur kleine russische Reserven lagern. Aber Kiew gehe bei derartigen Handlungen eben "den Weg des geringsten Widerstands". Maljuska zufolge müsse der Text des vorgeschlagenen Vertrages zwischen der Ukraine und dem Land, wo sich die Goldreserven befinden, zuerst abgesprochen, dann von den Regierungen unterzeichnet und schließlich von den Parlamenten der beiden Länder ratifiziert werden – die Vorgehensweise mit individuellen bilateralen Verträgen mache all dies schneller:

"Da uns klar war, dass es Jahre dauern würde, sich mit einer großen Zahl von Ländern gleichzeitig auf einen Vertragstext zu einigen, haben wir versucht, den Weg des geringsten Widerstands zu gehen. Das heißt, wir wählen ein Land aus, das vielleicht nur über wenige russische Vermögenswerte verfügt, aber dafür möglicherweise bereit ist, schnelle einen Vertrag zu unterzeichnen."

Kiew hoffe, dass sich nach Lettland in Zukunft auch andere Länder anschließen werden, so Maljuska.

13:40 de.rt.com: **Russlands Verteidigungsministerium meldet ukrainische Verluste, darunter Tötung von über 40 ausländischen Söldnern**

In seinem täglichen Pressebericht hat der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalleutnant Igor Konaschenkow, bekannt gegeben, dass Russlands Streitkräfte ein Übergangslager der ukrainischen "Fremdenlegion" in der Nähe von Konstantinowka in der Donezker Volksrepublik (DVR) aus der Luft angegriffen haben. Dabei seien über 40 Söldner,

hauptsächlich polnischer Herkunft, getötet worden.

Des Weiteren soll die Artilleriedivision der 59. Brigade der motorisierten Infanterie der ukrainischen Streitkräfte in der Nähe von Nikolajew bei einem russischen Präzisionsangriff über 70 Prozent an Personal und Technik verloren haben.

Konaschenkow vermeldete außerdem, dass bei einem russischen Luftschlag auf die Stellungen der 72. Mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte in Sajzewo in der DVR über 70 ukrainische Kämpfer getötet und ein Munitionslager vernichtet worden seien.

13:48 de.rt.com: **"Sie werden es zurückbekommen" – Erdoğan verurteilt westliche Politiker für ihre Haltung zu Putin**

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan hat die Vertreter westlicher Länder für ihren Umgang mit dem russischen Staatschef kritisiert. Erdoğan betonte, Putin werde auf respektlose Haltung gegenüber seinem Land in gleicher Weise reagieren.

Der Präsident der Türkei Recep Tayyip Erdoğan hat in einem Interview mit der türkischen Rundfunkgesellschaft TRT westliche Politiker für ihre Haltung gegenüber dem russischen Präsidenten Wladimir Putin kritisiert. Erdoğan brachte zudem zum Ausdruck, dass dieses Verhalten nicht den politischen Normen entspreche:

"Sie kennen die Haltung der westlichen Politiker gegenüber Putin. Das ist der Politik nicht würdig. Was auch immer Sie ihm gegenüber tun, Sie werden es zurückbekommen."

Vor kurzem hatte die Zeitung The New York Times geschrieben, dass Erdoğan für den US-Präsidenten Joe Biden und die Staats- und Regierungschefs anderer NATO-Länder bereits zu einem "Kopfschmerz" geworden sei. In dem Artikel heißt es, dass Erdoğan's Handlungen und Bidens begrenzte Fähigkeit, diese einzudämmen, die einzigartige Position des türkischen Staatschefs als militärischer Verbündeter unterstreichen, dessen Politik "oft von der Rhetorik des kollektiven Westens abweicht".

Zuvor am 23. Juli hatte die Bundesaußenministerin Annalena Baerbock die Anwesenheit Erdoğan's auf einem gemeinsamen Foto mit seinen russischen und iranischen Amtskollegen Wladimir Putin und Ebrahim Raisi als unverständlich für einen Vertreter der Regierung eines Landes bezeichnet, das "wie die Türkei Mitglied der NATO ist und die Ukraine militärisch unterstützt". Baerbock wörtlich:

"Die Tatsache, dass der türkische Präsident auf diesem Bild zu sehen ist, ist eine Herausforderung."

Erdoğan hob jedoch hervor, er habe während des Gipfeltreffens im Rahmen des Astana-Formats in Iran die Gelegenheit gehabt, die bilateralen Beziehungen mit dem russischen Präsidenten zu erörtern. Der Staatschef erklärte, das Treffen habe in einer freundschaftlichen Atmosphäre stattgefunden und es seien trotz der Meinungsverschiedenheiten mit Moskau wichtige Entscheidungen getroffen worden:

"Unser Treffen mit Putin war in der Tat anders. Denn wir betrachten hier niemanden als einen Feind. Dies bringt also einen wirklich aufrichtigen Ansatz von beiden Seiten."

Der türkische Staatschef fügte hinzu, dass seine westlichen Kollegen mit Putins Vorgehen nicht zufrieden seien. Allerdings hätten die beiden Seiten bei dem Treffen in Iran wichtige Fragen in den bilateralen Beziehungen "müheles gelöst". Recep Tayyip Erdoğan betonte, dass Ankara den Dialog mit Moskau auf der Grundlage gemeinsamer Interessen aufrechterhalten und in Bereichen mit Potenzial ausbauen sollte.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62dfbb96b480cc410a521abe.jpg>

14:49 (13:49) novorosinform.org: **Russland zieht sich nach 2024 aus dem ISS-Projekt zurück**

Es wurde beschlossen, dass sich die Russische Föderation nach dem Ende des Abkommens im Jahr 2024 aus dem ISS-Programm zurückzieht. Dies teilte Roskosmos-Chef Juri Borisow bei einem Treffen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin mit.

Nach seiner Aussage werde bis dahin der Aufbau einer eigenen Orbitalstation beginnen.

„Natürlich werden wir alle unsere Verpflichtungen gegenüber unseren Partnern erfüllen, aber die Entscheidung über den Rückzug von dieser Station nach 2024 ist gefallen“, sagte Borisow.

Der Konzernchef betonte, jeder Flug solle der russischen Wissenschaft zugute kommen, die Kosmonauten und alle Menschen im Allgemeinen mit Wissen auf dem Gebiet des Weltraums bereichern.

Borisow fügte hinzu, dass die Zukunft der russischen bemannten Kosmonautik auf einem ausgewogenen und systematischen wissenschaftlichen Programm sowie einem verantwortungsvollen Geschäftsansatz beruhen sollte.



https://novorosinform.org/content/images/96/06/49606_720x405.jpg

14:09 de.rt.com: **Ungarns Außenministerium: Gasplan der Europäischen Kommission kaum umsetzbar**

Der ungarische Außenminister Péter Szijjártó erklärte, der Gasplan der Europäischen Kommission sei nicht realisierbar. Er betonte, dass die Menschen nicht in die Irre geführt werden sollten, sondern dass die Situation auf dem Energiemarkt klar erläutert werden sollte. Der Vorschlag der Europäischen Kommission, den Gasverbrauch um 15 Prozent zu senken, ist "praktisch nicht machbar", sagte der ungarische Außenminister Péter Szijjártó laut der Zeitung [Hirado](#). Der ungarische Minister wunderte sich:

"Was bedeutet es, den Gasverbrauch in Europa um 15 Prozent zu senken? Sollten alle Länder so reduzieren? Was bedeutet das für Ungarn oder ein anderes Land? Sind es 15 Prozent weniger für alle? Für industrielle Verbraucher? Für Hauseigentümer? Oder wird Ihnen jemand sagen, dass 15 Prozent so viel weniger zum Verbrennen von Licht, zum Heizen, zum Kochen bedeuten? Wie wird sich das alles entwickeln?"

Szijjártó ist der Ansicht, die EU-Kommission ergreife wieder einmal eine Maßnahme, die einen rein "kommunikativen Wert hat und deren physische Umsetzung fast unmöglich ist". Er sagte, die EU-Kommission solle sich lieber nach neuen Gasquellen umsehen und neue Abkommen abschließen, aber im Moment "wird die Frage der Sanktionen wieder aufgeworfen, deren Wirksamkeit früher oder später diskutiert werden muss".

Zuvor hatte Szijjártó darauf hingewiesen, dass der Vorschlag der EU-Kommission, den Gasverbrauch um 15 Prozent zu senken, im Widerspruch zu den Behauptungen der Politiker stehe, ihre Länder seien nicht mehr von Energieressourcen aus Russland abhängig. Er fügte hinzu, dass der Kauf von Gas "keine ideologische, sondern eine physische Frage" sei. Die Heizsaison stehe vor der Tür, daher sei es "sinnlos, wenn die Politiker sagen, dass es Gas gibt, wenn es kein Gas gibt".

Der ungarische Außenminister reiste am 21. Juli zu Gesprächen mit dem russischen Außenminister Sergei Lawrow nach Russland, nachdem Budapest aufgrund der steigenden Energiepreise den Energienotstand ausgerufen und beschlossen hatte, 700 Millionen Kubikmeter Gas zusätzlich zu kaufen.

Auch der ungarische Premierminister Viktor Orbán ist mit dem Vorgehen der Europäischen Kommission im Gasbereich nicht einverstanden. Er [sagte](#):

„Die EU will alle dazu verpflichten, ihren Gasverbrauch um 15 Prozent zu senken. Ich verstehe nicht, wie sie es erzwingen wollen, obwohl es deutsches Know-how gibt. Aus der Vergangenheit meine ich.“

Am 20. Juli hatte die Europäische Kommission einen Plan zur Senkung des Gasverbrauchs ausgearbeitet. Dieser sieht vor, dass die EU-Länder den Kraftstoffverbrauch vom 1. August 2022 bis zum 31. März 2023 um 15 Prozent senken müssen. Spanien, Griechenland und Portugal lehnen dies ab. Reuters zitierte Quellen mit der Aussage, dass mindestens zwölf Länder Zweifel an dem Plan der EU-Kommission geäußert hätten. Nach Angaben von Bloomberg hätten sich auch Italien, Polen und Ungarn ablehnend geäußert.

Später erlaubte die EU-Kommission eine Aufweichung dieser Anforderung. So merkte der Sprecher der Europäischen Kommission Tim McPhee an, dass die einheitliche Quote von 15 Prozent gewählt wurde, um "Solidarität" unter den EU-Ländern zu zeigen. Die Auflage sei nicht streng und Abweichungen seien möglich.

Russlands Präsident Wladimir Putin stellte fest, die europäischen Länder hätten "Fehler gemacht". Nun suchten sie die Verantwortung bei sich selbst und forderten die Bürger auf, Wasser und Strom zu sparen, "um Putin zu ärgern".

Im Juni forderte Budapest Brüssel auf, keine weiteren Sanktionen gegen Russland zu verhängen, da sich die EU dann "in diesem Krieg um wirtschaftliche Probleme auf der Verliererseite wiederfinden würde".



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62dfd2c7b480cc562637c9c8.jpg>

14:33 de.rt.com: **Grab des Nazi-Kollaborateurs Stepan Bandera in München verwüstet**

Das Grab des einstigen ukrainischen Nationalistenführers und Nazi-Kollaborateurs Stepan Bandera in München ist mit Graffiti verunstaltet worden. Laut einem Bericht des Bayerischen Rundfunks ermittle das Staatsschutzkommissariat in dem Fall.

In den sozialen Netzwerken sind Fotos aufgetaucht, die ein mit Farbe verunstaltetes steinernes Denkmal zeigen. Die Bilder wurden von einem Besucher der Stätte aus Weißrussland verbreitet. Es stellte sich bald heraus, dass es sich hierbei um das Grabmal des ukrainischen Nazi-Kollaborateurs Stepan Bandera auf dem Münchner Waldfriedhof handelt, das von Vandalen heimgesucht wurde, so die Behauptung des weißrussischen Oppositionellen Aleś Čajčyc am vergangenen Samstag in den sozialen Medien.

Čajčyc veröffentlichte auf Facebook vier Fotos, die das mit lila Sprühfarbe beschmierte Grab zeigen. Dazu schrieb er: "Das Grab von Stepan Bandera in München, beschädigt durch Vandalen. Ich beschloss, es zum ersten Mal zu besuchen und ich stieß hier auf Polizei und auf diesen Anblick." Die Bilder zeigen ein Grabmal, das mit dem sowjetischen Symbol von Hammer und Sichel übersät ist, zusammen mit einer Reihe von anarchistischen Emblemen und Hakenkreuzen. Auch die Inschrift von Banderas Name wurde stark durch Farbe in Mitleidenschaft gezogen.

Auch auf Kurznachrichtendienst Twitter [teilten](#) Nutzer Fotos vom beschmierten Grab.



<https://pbs.twimg.com/media/FYYFXEFWQAUCaLL?format=jpg&name=small>

Wie der Bayerische Rundfunk berichtet, habe das Polizeipräsidium München gegenüber dem Sender bestätigt, dass das Staatsschutzkommissariat in dem Fall ermittle. Mittlerweile soll das Grabmal gereinigt worden sein.

Es ist nicht der erste Farbanschlag auf das Grab des eingefleischten Nationalisten, der im

Zweiten Weltkrieg mit den Nazis kollaborierte und in der heutigen Ukraine als Held gilt. Am 7. März berichtete der damalige ukrainische Botschafter Andrei Melnyk von "einem dreisten Akt des Vandalismus" und forderte die örtliche Polizei auf, den "ekelhaften Abschaum", der das Denkmal mit einer unbekannten Substanz verunstaltet hatte, zu finden und zu bestrafen. "Schade, dass die Dämonisierung von Bandera nicht nur seitens der Moskauer Propaganda betrieben wird, sondern auch von angesehenen deutschen Historikern", schrieb er damals auf Twitter.

Während seiner fast achtjährigen Amtszeit als Spitzendiplomat seines Landes in Deutschland geriet Melnyk, der für seine tiefe Bewunderung für den umstrittenen ukrainischen Nationalhelden bekannt ist, in den Mittelpunkt mehrerer Skandale. Letzten Monat bestritt Melnyk in einem aufgezeichneten Gespräch mit dem deutschen Podcaster Tilo Jung wiederholt, dass Bandera in den Massenmord an Juden und Polen während des Zweiten Weltkriegs auf dem Territorium der heutigen Ukraine verwickelt war. Die Äußerungen des Botschafters lösten sowohl in Polen als auch in Israel heftige Kritik aus. Die internationale Empörung zwang das Außenministerium der Ukraine, einzugreifen und zu erklären, dass die Äußerungen nicht die offizielle Haltung Kiews widerspiegeln.

Am 9. Juli zog der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij Melnyk von seinem Posten in Deutschland ab.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62dfb59248fbef609a55b56a.jpg>

Das Grab des ukrainischen Nationalistenführers und NS-Kollaborateurs, Stepan Bandera auf dem Waldfriedhof in München, 25. Juli 2022

14:35 de.rt.com: **Durchsuchung von Schiffen zur Ausfuhr von Getreide aus Ukraine bei Türkeli geplant**

Die Ladungsinspektion der Trockenfrachtschiffe, die Getreide aus der Ukraine ausfahren sollen, wird wahrscheinlich in der Nähe des Ankerplatzes von Türkeli in der Nähe des Bosphorus durchgeführt. Dies offenbarte eine Quelle in Ankara am Dienstag gegenüber der russischen Nachrichtenagentur TASS. Der Gesprächspartner der TASS erklärte, das Areal, wo die Schiffe vor Anker gehen, befinde sich in der Nähe des nordwestlichen Eingangs zu der Meerengen in einer Entfernung von mindestens fünf Seemeilen – und werde bereits auf diese Weise genutzt:

"Das Gebiet ist ziemlich groß, dort gehen auch bereits Schiffe vor Anker und die Einheiten der Küstenwache führen dort bei Bedarf Kontrollmaßnahmen durch."

Die Kontrollen der Schiffe – und zwar sowohl bei der Einfahrt in den Bosphorus als auch bei der Ausfahrt – werden von Vertretern der Gemeinsamen Koordinierungsstelle durchgeführt, die im Rahmen der am 22. Juli in Istanbul unterzeichneten Vereinbarungen des Quartetts über die Lieferung von Agrarerzeugnissen aus der Ukraine eingerichtet wurde. Somit soll einerseits Provokationen aller Art und andererseits dem Schmuggel aus dem Konfliktgebiet – vorwiegend von Waffen – vorgebeugt werden. Das Zentrum wurde auf der Grundlage der

Kapazitäten der Nationalen Verteidigungsuniversität der Türkei eingerichtet und befindet sich im Istanbuler Stadtteil Levent. Lokalen Medienberichten zufolge werden dort 20 Personen beschäftigt sein: Offiziere der türkischen, russischen und ukrainischen Streitkräfte sowie Vertreter der Vereinten Nationen. Ein Admiral der türkischen Marine wird die Leitung übernehmen. Die Sicherheit des Schiffsverkehrs auf den Getreidetransportrouten zu und von den ukrainischen Häfen wird rund um die Uhr überwacht.

Am 22. Juli war in Istanbul ein Paket von Dokumenten unterzeichnet worden, um das Problem der Versorgung der Weltmärkte mit Nahrungsmitteln und Düngemitteln zu lösen. In einem Memorandum zwischen Russland und den Vereinten Nationen ist festgehalten, dass sich die Weltorganisation an den Bemühungen um die Aufhebung der antirussischen Beschränkungen für die Ausfuhr von Agrarprodukten und Düngemitteln beteiligt. In einem weiteren Dokument wird ein Mechanismus für die Ausfuhr von Getreide aus den von der Ukraine kontrollierten Schwarzmeerbahnen beschrieben.

15:56 (14:56) novorosinform.org: **Kiew hat seit Beginn des Sonderoperation über 90 % des Militärpersonals verloren - Informationsministeriums der DVR**

Etwa 10 % des regulären Militärpersonals blieben in der Ukraine, seitdem Russland die spezielle Militäroperation begonnen hat. Dies erklärte der stellvertretende Leiter des Informationsministeriums der DVR Daniil Bessonow.

Nach seinen Angaben starben die meisten Berufssoldaten der Streitkräfte der Ukraine, wurden verwundet oder gefangen genommen.

„Sie (die regulären Soldaten) wurden eilig durch mobilisierte Territorialverteidiger ersetzt. Sie haben zwar auch einen militärischen Status, aber bei der Motivation und Kampferfahrung gibt es beträchtliche Unterschiede. Der Prozentsatz des Personals, das ursprünglich (zu Beginn der Operation) da war, beträgt etwa 10% ,“ - fügte Bessonow hinzu.

Gleichzeitig stellte Bessonow fest, dass er keine Daten über die genaue Anzahl der Söldner aus westlichen Ländern habe, die auf der Seite von Kiew stünden. In dem Zusammenhang fügte er hinzu, dass das ausländische Kontingent versuche, "ernsthafte Schlachten und die heißesten Zusammenstöße" auf jede erdenkliche Weise zu vermeiden.



https://novorosinform.org/content/images/96/14/49614_720x405.jpg

14:58 de.rt.com: **Geldautomaten in Kuba akzeptieren nun auch russische Mir-Karten**

Im Inselstaat Kuba werden nun die Karten des russischen Mir-Zahlungssystems akzeptiert, bisher jedoch nur an Geldautomaten, an denen man Pesos abheben kann. Dies wird auf der Website des Verbandes der Reiseveranstalter Russlands berichtet.

Geldautomaten des karibischen Inselstaates Kuba haben damit begonnen, Karten des russischen Zahlungssystems Mir zu akzeptieren. Bis Ende 2022 sollen sie in allen Geschäften des Landes genommen werden. Der Verband der Reiseveranstalter Russlands

(ATOR=[Ассоциация туроператоров России](#)) wurde darüber von Juan Carlos Escalona, dem Tourismusberater der Botschaft der Republik Kuba, informiert. Carlos Escalona sagte wörtlich:

"Die erste Phase, die vorsah, dass Mir-Karten an Geldautomaten akzeptiert werden, ist abgeschlossen. Bis Ende 2022, in der zweiten Phase, sollen Mir-Karten an allen Verkaufsstellen in Kuba akzeptiert werden. Wir hoffen, dass diese Maßnahme zur Wiederaufnahme von Direktflügen und zur Wiederbelebung des russischen Tourismus auf Kuba beitragen wird."

Geldautomaten staatlicher Banken gebe es in der Hauptstadt Havanna und in den wichtigsten Touristenzentren, einschließlich des beliebten Urlaubsortes Varadero, so Escalona weiter. Der Tourismusberater erinnerte daran, dass der größte Touristenstrom nach Kuba im Jahr 2021 von russischen Bürgern ausgegangen sei – fast 147.000 Russen besuchten damals das Land. Seit März 2022 gibt es keine Direktflüge mehr nach Kuba, obwohl der Staat die Immunität von Aeroflot und anderen russischen Fluggesellschaften garantiert. Die Republik Kuba hofft, dass die russischen Touristen in der Wintersaison 2022/2023 zurückkehren werden. Derzeit ist es nur möglich, mit einem Umstieg in Istanbul nach Havanna zu fliegen. Ein Hin- und Rückflug wird etwa 250.000 Rubel (rund 4.000 Euro) pro Passagier kosten, fügte ATOR hinzu.

Die Zahlungssysteme Visa und Mastercard, die einst den wichtigsten Anteil am russischen Zahlungsmarkt bildeten, hatten beschlossen, ihren Betrieb in Russland ab dem 10. März einzustellen. Die russischen Banken bieten nun Karten des nationalen Zahlungssystems Mir und des chinesischen Zahlungssystems UnionPay (für Zahlungen im Ausland) an. Mit den Karten des russischen Mir-Zahlungssystems kann man bereits in 12 Ländern, Russland eingeschlossen, bezahlen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62dfd2fdb480cc412653c992.jpg>

15:25 de.rt.com: **Altkanzler Schröder in Moskau – Kreml schließt Kontakte mit Putin nicht aus**

Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder befindet sich derzeit in der russischen Hauptstadt Moskau. Kremlsprecher Dmitri Peskow schloss nicht aus, dass Schröder auch mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin in Kontakt treten könnte. "Soweit uns bekannt ist, ja, ist er tatsächlich in Moskau", sagte Peskow. Er fügte hinzu:

"Treffen als solche gibt es nicht, aber wir schließen einen Kontakt nicht aus."

Schröder selbst sagte, er wolle in Moskau "ein paar Tage Urlaub" machen. Seine Ehefrau, Soyeon Schröder-Kim, bestätigte dem Spiegel am Dienstag, dass sich ihr Ehemann derzeit in der russischen Hauptstadt aufhalte. Allerdings führe er dort Verhandlungen über die Energiepolitik, so Schröder-Kim weiter.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62dfe8af48fbef62985cd9dc.jpg>
Altkanzler Gerhard Schröder (SPD) am 28. November 2017 bei einer Ausstellung in Sankt Petersburg, Russland

15:55 de.rt.com: **Lambrecht: Deutschland hat Mehrfachraketenwerfer an die Ukraine geliefert**

Deutschland hat der Ukraine auch die zugesagten Mehrfachraketenwerfer vom Typ [Mars II](#) geliefert. Außerdem seien Kiew weitere drei Panzerhaubitzen überlassen worden, sagte Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) am Dienstag:

"Die zugesagten Mehrfachraketenwerfer vom Typ Mars II und weitere drei [Panzerhaubitzen 2000](#) sind geliefert. Wir halten Wort."

Die Ministerin sprach von inzwischen fünf gelieferten [Gepard](#)-Flugabwehrkanonenpanzern. Insgesamt werde die Ukraine 30 Gepard-Systeme von der Industrie mit rund 60.000 Schuss Munition erhalten, vor allem aus Beständen der Bundeswehr. Ebenfalls aus Bundeswehr-Beständen stammten die drei Mehrfachraketenwerfer Mars II sowie die insgesamt zehn Panzerhaubitzen 2000.

Von der Industrie werde als Ergänzung im September zudem ein [Artillerieortungsradar vom Typ Cobra](#) geliefert, erklärte Lambrecht weiter.

"Der Vertrag ist bereits unterschrieben, jetzt beginnt die Ausbildung der ukrainischen Soldaten an diesem hochkomplexen System."

Auch die Ausbildung am zugesagten Flugabwehrraketensystem [Iris-T SLM](#) solle in wenigen Tagen beginnen. Die Herstellerfirma werde "fabrikneu" im Herbst an die Ukraine liefern können.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62dfe68c48fbef62985cd9d8.jpg>
22. Juli 2022: Verteidigungsministerin Christine Lambrecht in Neuburg a.d. Donau

16:18 de.rt.com: **Außenministerium: EU-Reisen könnten für Russen unmöglich werden**

Immer öfter werden Russen mit Problemen beim Beantragen von Visa in den Schengen-Raum konfrontiert. Das Außenministerium in Moskau schließt nicht aus, dass Mitgliedsländer der Europäischen Union (EU) künftig gar keine Einreisevisa für Russen mehr ausstellen werden. Der Kreml kündigt für diesen Fall nun Gegenmaßnahmen an.

In einigen Mitgliedsländern der EU werden immer öfter die Rufe laut, russischen Bürgern keine Schengen-Visa mehr auszustellen. Der Leiter der konsularischen Abteilung des russischen Außenministeriums, Iwan Wolynkin, schließt ein solches Szenario tatsächlich nicht aus. In einem Interview für die Nachrichtenagentur TASS hat der hochrangige Diplomat solche Aufrufe als "russophob" verurteilt. Moskau verfolge diese Situation genau. Ihm zufolge würden solche Forderungen größtenteils von russlandfeindlichen Politikern und Prominenz erhoben. So hätten Lettland, Litauen, Polen, Tschechien und Estland faktisch bereits aufgehört, Visa für russische Staatsbürger auszufertigen.

Wolynkin betonte, Moskau trete weiterhin für den gegenseitigen Reiseverkehr für russische und europäische Bürger ein und hoffe auf den Pragmatismus und den gesunden Menschenverstand innerhalb der EU.

"Selbst wenn man sich vorstellt, dass die hypothetische Situation einer völligen Einstellung der Visaausfertigung für russische Bürger Wirklichkeit werden sollte, könnten wir mit der Möglichkeit rechnen, unsere Wechselbeziehungen im Visabereich mit einzelnen verhandlungsfähigen europäischen Ländern auf bilateraler Grundlage einzurichten."

Der Diplomat teilte ferner mit, dass Russland ständig an der Vereinfachung der Einreiseregulungen mit andern Ländern arbeite. Diesbezügliche Gespräche würden momentan mit 18 Staaten geführt. Darunter seien einige lateinamerikanische und karibische Länder, sowie Malaysia und China. Mit den Behörden in Peking und Hongkong verhandle man derzeit über günstigere Einreisebedingungen für touristische Gruppen und über eine Verlängerung der visumsfreien Aufenthaltsfrist.

Gleichzeitig kündigte der Kremlsprecher Dmitri Peskow am Dienstag Gegenmaßnahmen an, sollten europäische Länder der EU russischen Bürgern keine Schengen-Visa mehr ausstellen. Mit Blick auf die westlichen Länder sagte Peskow:

"Wir sehen, dass sie allmählich das Arsenal der Maßnahmen ausschöpfen, die ihrer Ansicht nach uns unter Druck setzten und dazu zwingen könnten, unsere Position zu ändern. Es werden immer mehr irrationale, unvernünftige und kaum erklärbare Entscheidungen getroffen."

Zwar ließen sich solche "emotionalen Handlungen" der westlichen Regierungen momentan nicht ausschließen, er hoffe jedoch sehr, dass die Gegner Russlands einen gesunden Menschenverstand zumindest teilweise bewahren würden, erklärte Peskow.

Eine Folge des Ukraine-Krieges ist, dass nicht mehr alle Teilnehmerländer des Schengen-Abkommens Einreisevisa für russische Bürger ausstellen. Als erster Staat in Europa hatte Tschechien die Ausfertigung von Visa in seinen diplomatischen Vertretungen in Russland eingestellt. Dem Beispiel folgten dann Lettland, Litauen und Estland. Unlängst schlug das finnische Parlament vor, die Ausstellung von Touristenvisa für Russen zu stoppen.

Zwar lassen sich Schengen-Visa in Russland theoretisch weiterhin in den diplomatischen Vertretungen und Visazentren anderer EU-Staaten, darunter Frankreichs, Griechenlands und Spaniens, beantragen, jedoch gibt es dort aber keine freien Termine mehr für die nächsten Wochen. Neue Termine sind schnell wieder vergriffen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62dfe159b480cc426b1692c7.jpg>

17:16 (16:18) novorosinform.org: **Offensivversuche der Streitkräfte der Ukraine bei Cherson und Saporoschke sind gescheitert – Quelle**

Ukrainische Kämpfer unternahmen zwei Versuche, die russische Verteidigung zu durchbrechen, und beide Angriffe waren erfolglos, berichtet der Telegram-Kanal „Legitimny“ unter Berufung auf seine eigene Quelle.

Demnach haben die Streitkräfte der Ukraine zuerst den Versuch unternommen, die Stellungen Russlands in Richtung Cherson bei Wysokopolie anzugreifen, und danach in Richtung Saporoschke in der Nähe des Dorfes Schtscherbaki.

„Es könnte sich um einen Test auf dem Schlachtfeld gehandelt haben, bei dem die Führung der Streitkräfte der Ukraine schnell erkannte, dass sie ein paar hundert Kämpfer in den sicheren Tod schickte“, schreibt „Legitimny.“

Es wird vermutet, dass das ukrainische Kommando auf Kosten schwerer Verluste beschlossen hat, die russische Verteidigung zu testen. Ein weiterer möglicher Grund sind die so genannten "Fehlstarts", die "zur Demoralisierung und zum Verlust von Kämpfern geführt haben".

Früher wurde berichtet, dass sich die Führung der ukrainischen Streitkräfte auf schwere Verluste bei der Erstürmung von Cherson vorbereitete, aber die Aufgabe, die Stadt anzugreifen, wurde nicht aufgehoben.



https://novorosinform.org/content/images/96/31/49631_720x405.jpg

16:50 de.rt.com: **Erdoğan reist zu Gesprächen mit Putin nach Sotschi**

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan plant einen Besuch in Sotschi am 5. August. Das berichteten türkische Medien am Dienstag. Später bestätigte auch Kremlsprecher Dmitri Peskow die Vorbereitung von Gesprächen zwischen dem russischen Präsidenten und seinem türkischen Amtskollegen. Die beiden werden in Sotschi regionale Fragen und bilaterale Beziehungen erörtern, erklärte er.

Zuletzt trafen sich die beiden Staatschefs im Juli in Teheran, wo sie die Lage in Syrien und den Kampf gegen Terrororganisationen besprachen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62dfec6e48fbef171868d75e.jpg>

19. Juli 2022. Wladimir Putin und Recep Tayyip Erdoğan (links) bei einem Treffen in Teheran

17:19 de.rt.com: **Russischer Botschafter in Griechenland bezeichnet bilaterale Beziehungen als völlig zerrüttet**

Laut dem russischen Botschafter in Griechenland, Andrei Maslow, seien die bilateralen Beziehungen zwischen Russland und Griechenland völlig ruiniert. Maslow weist darauf hin, dass es keine Zusammenarbeit und keine Kontakte mehr gebe.

Die Zusammenarbeit und die diplomatischen Kontakte zwischen Russland und Griechenland wurden eingestellt, die Beziehungen zwischen den beiden Staaten seien "buchstäblich innerhalb weniger Tage" zerstört worden. Dies erklärte der russische Botschafter in Griechenland, Andrei Maslow. Wörtlich hieß es:

"Seit Ende Februar sind unsere bilateralen Beziehungen völlig ruiniert, es gibt sie nicht mehr. All die Entwicklungen, all der Reichtum der bilateralen Beziehungen, der sich über viele Jahrzehnte angesammelt hatte, sind zunichte gemacht worden."

Maslow präzisierte ferner, die Entscheidung der russischen Regierung, Griechenland auf die Liste der unfreundlichen Länder zu setzen, ist nicht unbemerkt geblieben, habe aber keine Russophobie ausgelöst. Das griechische Außenministerium habe erklärt, dass die Beschränkung der diplomatischen Mission auf 34 Personen durch Russland "keine großen Probleme für die tägliche Arbeit mit sich bringt", so der Botschafter weiter.

Russland setzte Griechenland Ende letzter Woche, am 22. Juli, sowie Dänemark, die Slowakei, Slowenien und Kroatien auf die Liste der Länder, die unfreundliche Handlungen gegen russische diplomatische und konsularische Vertretungen im Ausland begehen.

Mitte Februar, vor dem Beginn der russischen Sonderoperation in der Ukraine, bezeichnete Maslow das Jahr 2021 als ein "unglaublich reiches Jahr" für die Kontakte zwischen Russland und Griechenland. Damals betonte der Diplomat, dass "der Boden in Griechenland für antirussische Propaganda ungünstig ist". Weniger als einen Monat später, Anfang März, teilte das russische Außenamt mit, dass Griechenland eine "noch nie dagewesene Kampagne zur Diskreditierung der russischen Politik" führe.

Anfang April gab Griechenland seine Entscheidung bekannt, zwölf russische Diplomaten auszuweisen. Sie wurden jeweils zu Persona non grata erklärt. Ende Juni kündigte wiederum Russland an, dass es den gleichen Status für acht griechische Diplomaten erkläre.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62dffd9348fbef609a55b5d7.jpg>

17:20 de.rt.com: **Außenminister Lawrow: Russland hat Verhandlungen mit der Ukraine niemals verweigert**

Der Chef des russischen Außenministeriums, Sergei Lawrow, hat nach Angaben der Nachrichtenagentur RIA Nowosti während einer Pressekonferenz erklärt, dass Russland Verhandlungen mit der Ukraine niemals verweigert habe. Er führte aus:

"Wir haben niemals Verhandlungen verweigert, denn alle wissen es sehr gut: Kampfhandlungen enden am Verhandlungstisch."

Lawrow fügte hinzu, dass Russland bereits im frühen Stadium der Militäroperation Verhandlungen mit der Ukraine aufgenommen und dem am 29. März in Istanbul präsentierten Entwurf eines Abkommens zugestimmt habe. "Aber seitdem haben wir von ihnen keine Antwort erhalten, obwohl, ich unterstreiche, wir im Grunde ihrer Herangehensweise zugestimmt haben", so der Außenminister weiter.

Lawrow vertrat zudem den Standpunkt, dass die russisch-ukrainischen Verhandlungen am Widerstand der USA, Großbritanniens und einiger europäischen Länder gescheitert seien, die Kiew weitere Gespräche verboten hätten. Er erklärte:

"Vor einigen Tagen habe ich in einem Interview gesagt, dass Russland keine Vorbehalte gegen Verhandlungen mit der Ukraine habe. Unverzüglich, nach wenigen Stunden, sagte ein offizieller Vertreter des US-Außenministeriums, dass die USA glauben, der Zeitpunkt für Verhandlungen der Ukraine mit Russland sei unpassend. Ziehen Sie die Konsequenzen und fragen Sie die amerikanischen Kollegen, was der Grund dafür sein mag."

18:24 (17:24) novorosinform.org: **Russland wird planmäßig strategische Übungen "Wostok-22" durchführen – Verteidigungsministerium**

Vom 30. August bis zum 5. September werden die geplanten strategischen Übungen in der östlichen Region Russlands unter der Leitung des Generalstabschefs der russischen Streitkräfte durchgeführt, teilte das Verteidigungsministerium mit.

Das Ministerium fügte hinzu, dass die Truppen des östlichen Militärbezirks während der Übung den Einsatz von Truppenverbänden üben werden, um die Sicherheit in der östlichen Region zu gewährleisten. Gleichzeitig werden Luftlandetruppen, Langstreckenflugzeuge und militärische Transportflugzeuge sowie militärische Kontingente aus anderen Ländern an der Übung beteiligt sein.

Das russische Verteidigungsministerium betonte, dass diese Übungen nicht zum Zwecke der weiteren Mobilisierung von Truppen durchgeführt würden, sondern nur zur Übung von Sicherheitsfragen in der Region:

„Wir machen Sie darauf aufmerksam, dass nur ein Teil der Streitkräfte der Russischen Föderation an der militärischen Sonderoperation beteiligt ist, deren Zahl völlig ausreicht, um alle vom Oberbefehlshaber gestellten Aufgaben zu erfüllen. "



https://novorosinform.org/content/images/96/40/49640_720x405.jpg

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 26. Juli 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

In Mariupol wurden Arbeiten zur Montage von 4G-Ausrüstung an Kommunikationsobjekten und zur Inbetriebnahme von Basistationen durchgeführt, um mobilen Internetzugang zu ermöglichen.

An Einrichtungen des Gesundheitsversorgng wandten sich 2250 Menschen.

An den Bahnstationen Wolnowacha, Mariupol-Hafen und Krasnyj-Liman wurden Arbeiten zur Reparatur von Eisenbahngleisen durchgeführt.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 24 Hektar Territorium und mehr als 49.000 Quadratmeter Gebäude untersucht und 248 explosive Objekte entschärft.

Wir erinnern daran, dass einige Ortschaften der Donezker Volksrepublik mit explosiven Objekten übersät sind.

So haben die bewaffneten Formationen der Ukraine Antipersonenminen „Lepestok“ auf dem Gebiet von Jassinwowataja und Luganskoje abgeworfen. Zur Zeit ergreifen Spezialdienste der DVR alle notwendigen Maßnahmen zur Minenräumung.

Seien Sie aufmerksam und vorsichtig! Bei der Entdeckung von explosiven Objekten rufen sie das Zivilschutzministerium und die Polizei an.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:50 de.rt.com: **LVR meldet Übernahme des Wärmekraftwerks Uglegorsk in Swetlodarsk**

Witali Kisseljow, Assistent des Innenministers der Lugansker Volksrepublik, meldete am Dienstag auf Telegram die Übernahme des Wärmekraftwerks Uglegorsk in Swetlodarsk. Demnach sei das gesamte Gelände heute Morgen von pro-russischen Kämpfern übernommen worden. Die Streitkräfte der Ukraine hätten sich wegen der Gefahr einer Einkreisung aus Swetlodarsk und den umliegenden Siedlungen zurückzogen.

RT-Korrespondent Murad Gasdijew [berichtete](#), dass die pro-russischen Kräfte "das Gelände weiter säubern", es gäbe dort immer noch Widerstandsnester.

Vertreter des ukrainischen und des russischen Verteidigungsministeriums haben die Lage bislang noch nicht kommentiert.

Das Wärmekraftwerk Uglegorsk liegt südöstlich von Bachmut und ist eines der größten Wärmekraftwerke Europas.

17:59 de.rt.com: **Russland kritisiert Israel für antirussische Haltung seit dem Ukraine-Krieg**

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums kritisierte die israelische Regierung, dass sie sich zugunsten der Ukraine positioniert habe, aber "nicht im Sinne des ukrainischen Volkes, sondern im Sinne des Regimes in Kiew". Die Beziehungen zwischen Israel und Russland haben seit dem Ukraine-Krieg einen Tiefpunkt erreicht.

Der Kreml bedauere Israels antirussische Position zur Situation um die Ukraine, [sagte](#) die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, am Dienstag. Israels Haltung sei "dekonstruktiv" und beruhe auf "voreingenommener Rhetorik". Sie kritisierte, dass sich die israelischen Behörden zugunsten der Ukraine positioniert haben, aber "nicht im Sinne des ukrainischen Volkes, sondern im Sinne des Regimes in Kiew".

"Das ist ganz im Sinne der seltsamen wilden Stimmen des Westens", sagte Sacharowa, bevor sie betonte, dass die Verschlechterung der bilateralen Beziehungen nicht auf die Handlungen Russlands zurückzuführen sei. "Jetzt hören wir Kommentare von der Spitze dieses Landes, dass russische Aktionen auf bilateraler Ebene die Beziehungen beeinträchtigen können. Ich möchte diese Leute fragen, ob sie nicht glauben, dass ihre Handlungen und Äußerungen der letzten Monate die bilateralen Beziehungen beeinträchtigt haben", fügte sie hinzu.

Die Beziehungen zwischen Israel und Russland haben seit dem Ukraine-Krieg einen Tiefpunkt erreicht. Das Justizministerium in Moskau stellte kürzlich einen offiziellen Auflösungsantrag gegen den russischen Ableger der Organisation Jewish Agency. Israel reagierte prompt. Premierminister Jair Lapid drohte gegen Moskau und warnte vor einer Verschlechterung der Beziehungen zu Russland, sollte die Jewish Agency for Israel aufgelöst werden. Berichten zufolge hat Lapid bereits das Außenministerium beauftragt, konkrete Maßnahmen auszuarbeiten, falls Russland seine erklärten Pläne zur Schließung der Operationen der Organisation vollzieht – einschließlich des Rückrufs des israelischen Botschafters in Moskau und einer Verstärkung der israelischen Unterstützung für die Ukraine. Sacharowa reagierte auf Lapid's Äußerungen zur Einstellung des Betriebes von Jewish Agency in Russland und sagte, dass die Angelegenheit der Jewish Agency im Rahmen des russischen Gerichtssystems behandelt werde.

Inzwischen schlug der israelische Präsident gemäßigte Töne an, und erklärte am Dienstag, dass Israel versuche, sich in dem wachsenden Streit mit Moskau über die russischen Schritte zum Umgang mit der Jewish Agency im eigenen Land zurückzuhalten. "Ich glaube, je weniger wir darüber sprechen, desto besser ist es für uns. Das wird eine angemessene Behandlung des Streitthemas ermöglichen", fügte er hinzu.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62dfdc6548fbef5d5925f85c.jpg>

abends:

19:08 (18:08) novorosinform.org: **Der Staatsduma wurde ein Gesetzentwurf zur Einstufung der Ukraine als terroristischer Staat vorgelegt**

Abgeordnete der Fraktion „Gerechtes Russland – Für die Wahrheit“ legten der Staatsduma einen Gesetzentwurf vor, der die Ukraine als terroristischen Staat einstuft.

Sie forderten auch die Beschlagnahme des Eigentums ukrainischer Bürger zugunsten Russlands. Das teilte der Fraktionsvorsitzende Sergej Mironow in Telegram mit.

Er betonte, dass gegen die Komplizen und Unterstützer des Kiewer Regimes die gleichen Maßnahmen wie gegen den terroristischen Staat angewandt werden sollten. Gleichzeitig sollte das Eigentum dieser Bürger der Ukraine zur Entschädigung der Opfer des Terrorstates verwendet werden.

Mironow wies darauf hin, dass nach russischem Recht eigentlich nur eine Organisation als terroristische Organisation eingestuft werden könne. Einige Länder verübten jedoch vorsätzlich Terroranschläge gegen Zivilisten.



https://novorosinform.org/content/images/96/47/49647_720x405.jpg

18:10 de.rt.com: **Uniper bekommt nur noch ein Drittel der zugesicherten Gasmenge**

Die weiter gedrosselten Gaslieferungen aus Russland treffen auch den bereits angeschlagenen Energiekonzern Uniper. Laut einem Sprecher des Konzerns erhalte Uniper nur noch ein Drittel seiner vertraglich zugesicherten Gaslieferungen aus Russland. Am Montag hatte das Unternehmen noch 40 Prozent bezogen.

Trotz der Drosselung werde aber kein Gas aus den Speichern entnommen. Uniper schaffe Ersatz über andere Wege, teilte der Sprecher weiter mit.

Nur sechs Tage nach der Wiederaufnahme der Gasversorgung aus Russland über die Pipeline Nord Stream 1 hatte der russische Konzern Gazprom mitgeteilt, er werde die Gasmenge am Mittwoch auf 20 Prozent der maximalen Kapazität senken. Die Tagesleistung werde ab 7 Uhr Moskauer Zeit bis zu 33 Millionen Kubikmeter pro Tag betragen, hieß es.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62dffe2ab480cc108d32bebe.jpg>

19:39 (18:39) novorosinform.org: **Großbritannien verhängt Sanktionen gegen den Journalisten Graham Phillips**

Die britischen Behörden haben Sanktionen gegen einen britischen Staatsbürger, den Journalisten Graham Phillips, verhängt, berichtet „Zargrad“.

Der unabhängige Blogger und Journalist Graham Phillips ist seit 2014 für seine Berichterstattung aus dem Donbass bekannt. Er war wiederholt an vorderster Front und berichtete über die Folgen der Angriffe der ukrainischen Armee auf die friedlichen Städte des Donbass.

Grund für die Verhängung von Sanktionen war die Berichterstattung von Phillips, die angeblich die Ukraine „destabilisiert“.

„Graham Phillips, ein Video-Blogger, der Medieninhalte erstellt und veröffentlicht hat, die Aktionen und politische Maßnahmen unterstützen und fördern, die die Ukraine destabilisieren“, heißt es in einem Dokument, das am 26. Juli auf der Website der britischen Regierung veröffentlicht wurde.



https://novorosinform.org/content/images/96/50/49650_720x405.jpg

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:30 Uhr am 26.07.22**

Am heutigen Tag hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR **mehr als 250 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **11 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Durch Beschuss wurden **3 Zivilisten verletzt**. 3 Wohnhäuser und ein ziviles Infrastrukturobjekt wurden beschädigt. Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch

ermittelt.

Mit Trauer teilen wir mit, dass bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht im Kampf für die Unabhängigkeit **3 Verteidiger der Donezker Volksrepublik starben.**

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

18:45 de.rt.com: **Ukraine beschießt Cherson zum zweiten Mal am Tag**

Das stellvertretende Oberhaupt des russisch kontrollierten Gebiets Cherson, Kirill Stremousow, hat berichtet, das ukrainische Militär habe die Stadt Cherson bereits zum zweiten Mal an einem Tag unter Beschuss genommen. Die Angriffe seien durch das Luftabwehrsystem vereitelt worden. Stremousow sagte der Nachrichtenagentur RIA Nowosti: "Das war schon der zweite Beschuss. Das Luftabwehrsystem hat einwandfrei reagiert. Alle Angriffe wurden abgewehrt."

Stremousow fügte hinzu, dass die Stadt nicht zur Ukraine zurückkehren werde:

"Das sind vergebliche Mühen. Die ukrainischen Nationalisten sollten Cherson vergessen."

19:15 de.rt.com: **Brücke zwischen Genitschesk und Arabat-Nehrung soll wiederhergestellt werden**

Die Brücke über die [Meerenge von Genitschesk](#), welche die gleichnamige Stadt auf dem ukrainischen Festland von der Spitze der [Arabat-Nehrung](#) der Halbinsel Krim trennt, soll wiederaufgebaut werden. Dies erklärte der Leiter der militärisch-zivilen Verwaltung des Gebietes Cherson, Wladimir Saldo. Die Brücke war von ukrainischen Truppen bei ihrem Rückzug zerstört worden. In einer [Videoaufnahme](#), die auf seinem Telegramkanal veröffentlicht wurde, sagte Saldo:

"Die Brücke, die von den Barbaren bei ihrem Rückzug gesprengt wurde, wird in nächster Zeit wiederaufgebaut."

Er hob außerdem die Pläne für eine Zusammenarbeit mit der Krim hervor:

"Genitschesk, die Arabat-Nehrung und das ganze Umland sind bereit, ihre Zukunft zu so planen, dass die Entwicklung fortgesetzt wird. Die Landwirte arbeiten, alle die mit Geschäftsbeziehungen zu tun haben, arbeiten auch. Wir befinden uns ganz in der Nähe der Krim, und alles arbeitet zusammen."

19:40 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium: Westen verbreitet Fake News über Mobilmachung**

Ausländische Medien verbreiteten unglaubliche Informationen über angebliche Mobilisierungsmaßnahmen in Russland, teilte das russische Verteidigungsministerium am Dienstag mit.

An der Sondermilitäroperation in der Ukraine sei nur jener Teil der russischen Streitkräfte beteiligt, deren Anzahl ausreiche, um alle gestellten Aufgaben zu erfüllen, hieß es in einer Erklärung. Um welche Medien es sich konkret handelt, ist unklar.

Russische Behörden hatten wiederholt betont, dass das Land keine Mobilmachung durchführen werde, und bezeichnete solche Medienberichte als Fake News.